

Der Freisinn FDP

5803

Nr. 9
September 1988
10. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

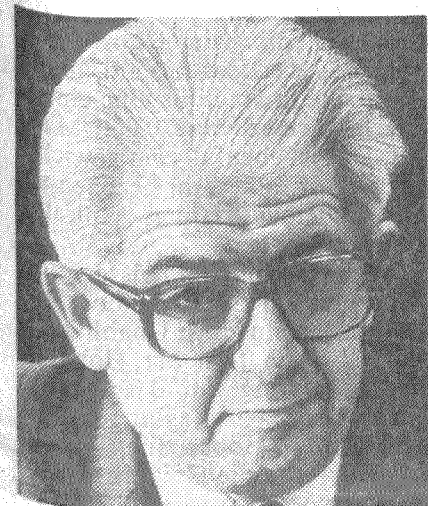
Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Vorschläge zur Bodenrechtsdiskussion

Neue Ideen gesucht

Brauchen wir überhaupt mehr marktfähiges, das heisst erschlossenes und effektiv verfügbares Bauland? Dieser Frage geht FDP-Nationalrat Dr. Willy Loretan, Zofingen AG, nach.



Erschliessung durch das Gemeinwesen und weitere Massnahmen gegen die Baulandhortung.

«Ablehnungsmauer» der Stimmbürger

Immer häufiger sehen sich indessen erschliessungs- und bauwillige Gemeindebehörden und Grundeigentümer einer «Ablehnungsmauer» der Stimmbürger und der Nachbarn gegenüber. Überbauungs-(Quartier-)pläne werden abgelehnt, ebenso Erschliessungskredite oder Ermächtigungen an die Exekutive zum Verkauf von Bauland an Private. Bauwillige Grundeigentümer werden so am zweckmässigen Überbauen gehindert. Der Erschliessungsdruck macht sich dann am falschen Ort bemerkbar, nämlich an den Rändern des in der Regel ohnehin zu grossen Baugebietes (wo Auszonungen noch am ehesten möglich sind).

Revision des Raumplanungsgesetzes

Eine von der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Bundesrätin Elisabeth Kopp, eingesetzte Expertenkommission sucht zurzeit nach Möglichkeiten, der vom Gesetz statuierten Erschliessungspflicht der Gemeinden Nachdruck zu

verschaffen. Denkbar wäre, dem erschliessungs- und bauwilligen Grundeigentümer einen Rechtsanspruch zu geben, im Rahmen einer (kommunalen oder privaten) Quartierplanung rasch bauen zu können. Seine Planungs- und Erschliessungsaufwendungen soll er später auf andere Bauherrschaften, die von seinen Bemühungen ebenfalls profitieren, abwälzen können. Die sogenannte Privaterschliessung sollte also erleichtert werden.

Vernünftigerweise muss dem Rechtsanspruch des Grundeigentümers auf Erschliessung und Überbauung innerhalb rechtskräftig ausgeschiedener Bauzonen die Verpflichtung entsprechen, erschlossenes oder unmittelbar mit einer Überzeugung erschliessbares Bauland innert bestimmter Frist baulicher Nutzung zuzuführen, dies insbesondere in sogenannten Baulücken. Man denkt hier etwa an die Schaffung einer sogenannten Reservezone, in welche baureifes Land, das gehortet wird, einzuweisen wäre, mit der Folge, dass dessen Verkehrswert entsprechend sinken würde. Noch sind aber Vor- und Nachteile der verschiedenen Lösungsmodelle nicht genügend ausgeleuchtet. Patentrezepte gibt es ohnehin keine!

Finanzielle Reize schaffen

In einer vom Bundesrat in der vergangenen Sommersession beantworteten Interpellation habe ich zur Bodenpreisproblematik verschiedene Fragen aufgeworfen, so unter anderem diejenige nach der Besteuerung von baureifem, unüberbautem Land zum vollen Verkehrswert. Der Bundes-

Fortsetzung auf Seite 2

Der EG-Binnenmarkt als nationale Herausforderung

Nicht nur ein Thema für Experten

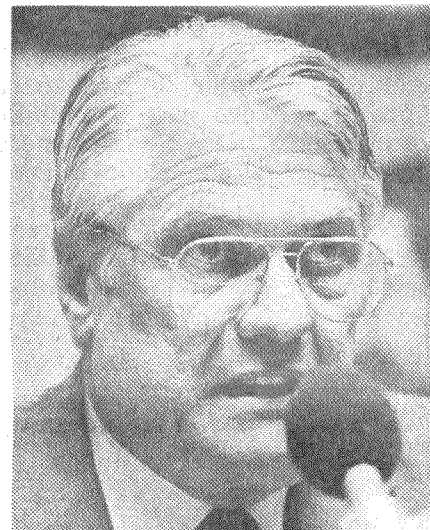
Soeben hat der Bundesrat seinen Bericht über «Die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess» der Öffentlichkeit übergeben. Zu diesem Thema eine Lagebeurteilung durch FDP-Nationalrat Richard Reich, Forch (ZH):

Mit der Präsentation des Berichtes vollzieht die Landesregierung einen Auftrag, der ihr am 4. März 1987 vom Nationalrat erteilt worden war. Sie ist diesem Wunsch offensichtlich höchst bereitwillig und mit grosser Akribie gefolgt. Und dies ist auch richtig so. Denn das Thema «Binnenmarkt 92» ist zwar seit mehr als einem Jahr in aller Munde. Doch die wirklich vertiefte Auseinandersetzung mit der vielschichtigen Problematik hat sich bisher neben den Spezialisten der einschlägigen Departemente auf einen eher beschränkten Kreis von unmittelbar betroffenen Wirtschaftszweigen sowie politischen und publizistischen Experten beschränkt.

Das muss entschieden anders werden. Denn so wenig jene recht haben dürften, die von den neuen Entwicklungen und Impulsen im EG-Raum nur Unheil für unser Land erwarten, so wenig ist es angebracht, einfach auf die Tragfähigkeit unserer gut eingespielten Beziehungen mit Brüssel sowie auf unsere starke Kundenposition gegenüber den meisten EG-Staaten zu bauen und sich im übrigen sozusagen daumendrehend auf die nächsten Führungskrisen in den Spitzengremien der Europäischen Gemeinschaft zu verlassen.

«Binnenmarkt 92» zum vollen Nennwert nehmen

Dass angesichts des anspruchsvollen Programms «Binnenmarkt 92» mit nicht weniger als 286 Detailvorhaben auch künftig Reibereien und Vollzugskrisen nicht ausbleiben werden, liegt auf der Hand. Doch hat sich die EG selbst so massiv unter Erfolgsdruck gesetzt und sich dabei mit der Einführung flexibler Entscheidungsmechanismen zugleich so stark verbesserte politische Instrumentarien gegeben, dass Fortschritte auf breiter Front nicht ausbleiben werden. Mögliche Reibungsverluste werden unter diesen Umständen kaum zum Vorteil der Nichtmitgliedstaaten ausschlagen, sondern eher zu Abkapselungsreflexen verleiten und Pendenzen mit Drittländern auf die lange Bank verweisen. Dies um so mehr, als die «Südstaaten» der EG dazu neigen, ihr wirtschaftliches Heil im Übermass von Brüssel zu erwarten und damit den internen Fragen der Gemeinschaft absolute Priorität zuzumessen.



Für unser Land kann aus all dem nur ein Schluss gezogen werden: Wir haben den «Binnenmarkt 92» zum vollen Nennwert zu nehmen und alles zu tun, um die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen. Dass dabei die Frage eines Beitritts zumindest für die nächsten Jahre auszuklammern ist, hat nicht nur innenpolitische Gründe, sondern ist auch von der EG her gegeben, die erklärtermassen vor einer längeren Konsolidierungsphase ohne Erweiterungsabsichten steht.

Was also ist zu tun? Auf politischer Ebene geht es zunächst darum, das seit dem Freihandelsabkommen von 1972 bestehende System der permanenten Konsultationen womöglich noch vermehrt zum Tragen zu bringen und dabei möglichst viele der uns mitbetreffenden Programmpunkte des «Binnenmarkts» möglichst rasch und sachlich umfassend in die ständigen Verhandlungen mit einzubeziehen. Darüber hinaus ist die seit dem Luxemburger Abkommen von 1984 neu lancierte EFTA Als Kollektivgremium im Verkehr mit der EG weiterhin konsequent auszunutzen.

Gegen «Insellösungen»

Von massiv wachsender Bedeutung ist bei all dem das innenpolitische «Hinterland». Die bereits eingeführte Praxis, wonach alle Botschaften des Bundesrates ein Kapitel über allfällige Kompatibilitätsfragen im Zusammenhang mit europäischen Regelungen enthalten, ist ein wichtiger Ansatz in die richtige Richtung. Er zwingt zunächst einmal sämtliche Verwaltungsabteilungen zu einer integrationspolitischen Optik. Damit sollte es möglich werden, «Insellösungen» zu vermeiden, wel-

Fortsetzung auf Seite 4

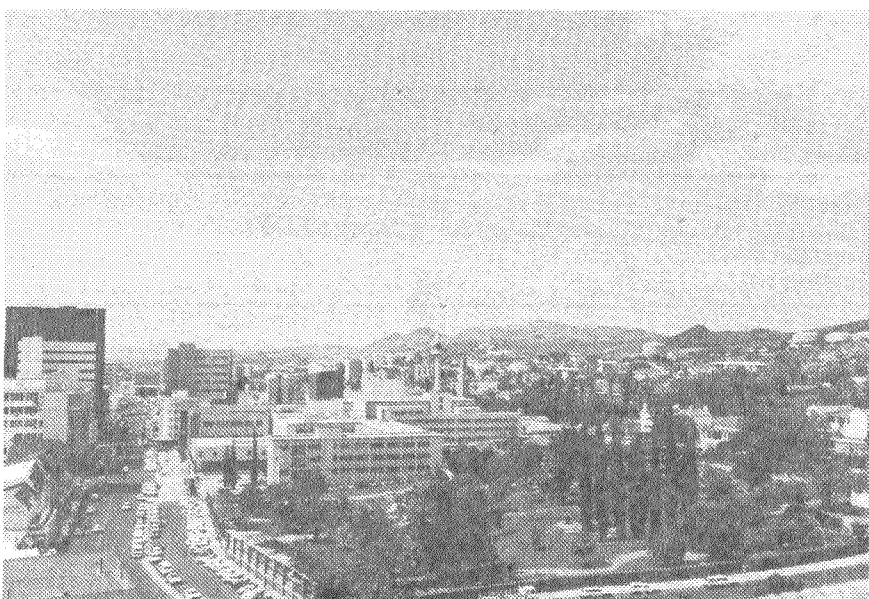


Auf ein reges Interesse stiess die von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) durchgeführte Gesundheitstagung. Darüber wird in dieser «Freisinn»-Ausgabe einlässlich berichtet. Unser Bild zeigt (v.l.n.r.): Prof. Dr. Med. Felix Gutzwiler (Zürich), der die parteiinterne Arbeitsgruppe leitete, welche das Thesenpapier vorbereitete; Nationalrätin Susi Eppenberger (Nesslau SG), die als Vizepräsidentin der Schweiz anstelle des erkrankten Parteipräsidenten, Ständerat Dr. Bruno Hunziker, die Tagung eröffnete; FDP-Generalsekretär Christian Kauter und Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz. (Photo ruti)

Namibia und die Unabhängigkeit

Kuba eilt es nicht

Sowjets und Amerikaner sind übereingekommen, die endlosen, da auf dem Schlachtfeld nicht zu entscheidenden Regionalkonflikte zu beenden. Angezettelt hat sie Moskau. Das gilt nicht nur für Afghanistan, sondern auch für das südliche Afrika. Über diesen Krisenherd berichtet Jacques Baumgartner:



Windhoek, die Hauptstadt Namibias (Südwestafrikas). (Photos Baumgartner)

Die dort kämpfenden Angolaner, Kubaner und Südafrikaner sind sich im Prinzip darin einig, dass die ausländischen Truppen Angola verlassen müssen. Ein Waffenstillstand wurde vereinbart und dass sich die Südafrikaner über die Grenze nach Namibia zurückziehen. Die Südafrikaner haben sich daran gehalten. Die Kubaner hätten bis zum 1. September einen Zeitplan für ihren Rückzug vorlegen müssen. Sie versäumten es. Und damit verwehren sie Namibia die Unabhängigkeit.

Zusammenhänge

Frieden für Angola und Unabhängigkeit für Namibia, leichter gesagt als ausgeführt. Beides hängt – zum Teil – zusammen. Südafrika will «im Prinzip» Namibia erst die Unabhängigkeit zugestehen, wenn sich die Kubaner aus dem benachbarten Angola zurückziehen. So war es in Vorgesprächen auch vereinbart worden.

Auf ihrem Gipfeltreffen im Mai in Moskau fixierten der so-

Fortsetzung von Seite 1

rat hielt in seiner Stellungnahme zunächst fest, dass «bestehendes Bodenrecht und die geltende Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen» den Aktivitäten des Bundes «klare Grenzen» setze. Er beklagt sodann, dass die Kantone den ihnen gemäss Raumplanungsgesetz erteilten Auftrag noch nicht oder nur teilweise erfüllt hätten, nämlich «einen angemessenen Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile, die durch Planungen entstehen», zu regeln. Dies, mit der Besteuerung zum vollen Verkehrswert, könnte zweifellos einen Beitrag zur Verflüssigung des Baulandmarktes erbringen.

Ob der Bund indessen diesen Grundsatz gestützt auf das von den Räten liegende neue «Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden» je einmal wird durchsetzen können, daran bestehen Zweifel. Die Kantone als Hauptträger und Hauptverantwortliche für die Umsetzung der Raumplanung, das heisst einer geordneten Besiedlung und einer häuslicherischen Nutzung des Bodens, sind gut beraten, wenn sie in ihren Steuergesetzgebungen vermehrt für eine verkehrswertorientierte Besteuerung von Bauland sorgen.

wjetische Parteichef Michail Gorbatschew und der amerikanische Präsident Ronald Reagan den 29. September als Zieldatum, bis zu welchem ein Abkommen erreicht und unterzeichnet werden soll.

Das Datum hat Symbolcharakter. Es ist der zehnte Jahrestag der nie verwirklichten Resolution 435 der Vereinten Nationen (Uno). Diese verlangt, dass sich Südafrika aus Namibia zurückzieht – bis auf eine geringe Truppenpräsenz von 1500 Mann –, und danach sollen unter Aufsicht von 7000 Uno-Soldaten freie Wahlen in dem Gebiet stattfinden, denen international anerkannte Unabhängigkeit folgen soll.

Südafrikas Ängste

Südafrika hat von Anfang auf einer Koppelung von Unabhängigkeit für Namibia und Abzug der Kubaner aus Angola bestanden. In Südafrika wird befürchtet, dass sich sonst eine marxistische Regierung in Windhoek einnistete, die dann dem in Südafrika verbotenen Afrikanischen Nationalkongress (African National Congress/ANC) Gastrecht und Basen (Ausbildungslager für Guerillas) gewährt. Kurz, Südafrika hätte seinen «Feind Nummer eins», wie der ANC in Pretoria bezeichnet wird, unmittelbar an seiner Grenze.

Das Tauziehen um Namibia begann bereits in den fünfziger Jahren und zieht sich nun schon über Jahre hin. Im Friedensvertrag von Versailles (1919) wurde die deutsch-kaiserliche Kolonie Südwestafrika (Namibia) als Mandat vom Völkerbund der damaligen Südafrikanischen Union zur Verwahrung aufgegeben. Der Völkerbund brach zusammen. Aus seiner Asche erhoben sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Vereinten Nationen. Südafrika stellte sich auf den Standpunkt, dass die Uno nicht Rechtsfolgerin des Völkerbundes sei und daher keine Treuhandbefugnisse über das Mandatsgebiet besitze. 1950 hatte der Internationale Gerichtshof in Den Haag noch im Sinne der Südafrikaner entschieden.

Kehrtwendung des Internationalen Gerichtshofes

1966 und 1967 beschlossen die Vereinten Nationen, dass das Mandat Südafrikas beendet sei, dass Südafrika das Gebiet zu verlassen und der Uno zu übergeben habe. Der Internationale Gerichtshof bestätigte 1971 – allerdings unter Protest zahlreicher internationaler Juristen – die Uno-

Beschlüsse, ebenso die Umbenennung Südwestafrikas in Namibia – ohne Befragung der Bevölkerung. Im weiteren wurde die Swapo zur «alleinigen Vertreterin des namibischen Volkes» erhoben. Seit 1966 führt die Swapo einen erfolglosen Buschguerillakrieg gegen die Südafrikaner; seit 1975 hat sie ihre Lager im benachbarten Angola.

Namibia erstreckt sich über eine Fläche von über 820 000 Quadratkilometern, bei einer Bevölkerung von knapp 1,2 Millionen Menschen. Nicht alle seine Bewohner sind mit der «alleinigen Vertretung» durch die Swapo einverstanden. Die Widerstandsorganisation stützt sich zwar auf die Ovambo, die die bevölkerungsstärkste Volksgruppe sind, aber daneben gibt es – neben etwa 70 000 Weissen – gewichtige Minoritäten, die nichts Gemeinsames mit den Ovambo (Swapo) haben wollen.

Flächenmässig umfasst Namibia ganz England und den Ärmelkanal, die Niederlande, Frankreich, Belgien, die Bundesrepublik Deutschland und Teile der DDR, die Schweiz, Österreich, Italien und das Mittelmeer.

Kuba will (noch) nicht

Südafrika hat nun einen wichtigen Teil des Zeitplans erfüllt, auf den sich die Regierungen in Pretoria, Havanna, Luanda (die Hauptstadt Angolas) und Washington geeinigt haben. Am 1. November will Pretoria mit der Verwirklichung der Uno-Resolution 435 beginnen und im Juli nächsten Jahres die namibische Bevölkerung in freien Wahlen über ihre politische Zukunft entscheiden lassen. Vorausgesetzt, die Kubaner haben bis zu diesem Zeitpunkt das Feld in Angola geräumt. Südafrika argumentiert, da sich nun seine 3500 Soldaten aus Angola zurückgezogen haben, entfallt jegliche Berechtigung für die Aufrechterhaltung der massiven kubanischen Militärpräsenz (50 000 bis 57 000 Mann) in Angola.

Doch Kuba zeigt (noch) keinerlei Rückzugsbereitschaft. Havanna will erst in zwei Jahren damit beginnen, seine «internationalistas» heimzuholen. Ursprünglich bestand der kubanische Staatschef auf einem Zeitraum von vier «Rückzugsjahren».

Havanna hatte sein militärisches Eingreifen in Angola – welches auf das Jahr 1975 zurückgeht – mit der «andauernden südafrikanischen Aggression gegen Angola und der illegalen Besetzung Namibias» gerechtfertigt. Jedoch ein kubanischer Abzug zwänge die kommunistische Minderheitsregierung der Volksbewegung-Arbeiterpartei (MPLA) in Luanda, Friedensgespräche mit der Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita) aufzu-



Plenarsaal der Nationalversammlung der Übergangsregierung Namibias in Windhoek. Es sind sechs Parteien mit 62 Parlamentsmitgliedern vertreten. Die Übergangsregierung soll so lange im Amt sein, bis eine internationale Übereinkunft für Südwestafrika getroffen worden ist.

nehmen. Unita kämpft ebenfalls seit dreizehn Jahren gegen die MPLA, die mit Hilfe der Kubaner an die Macht gelangte.

Fänden in Angola freie Wahlen statt, so dürften sie zugunsten der Widerstandsbewegung ausfallen. Die Unita stützt sich auf die Stämme der Ovimbundu, welche die Bevölkerungsmehrheit der 7 Millionen Angolaner (1,24 Millionen Quadratkilometer) bilden, auf das ebenfalls wichtige Volk der Bakongo, derweil die Küsten-Kimbundu, die bisher die MPLA-Hauptstütze waren, offenbar des Regimes in Luanda überdrüssig sind.

Wie es heute wahrscheinlich ist, dass in einem künftig unabhängigen Namibia die Swapo (wie auch immer dereinst politisch gefärbt) die Regierung stellen wird, so stellt in spe die Unita die Regierung in Luanda (immer vorausgesetzt, dass die Kubaner abziehen).

Was geschieht, wenn die Swapo, sofern die Kubaner aus Angola abziehen, keinen Schutzherrn mehr hat? Swapo-Chef Sam Nujoma mässigte in den vergangenen Wochen augenfällig seinen Ton. So sprach er beispielsweise am 19. August in Kabwe (Sambia) vor ausländischen Medienvertretern von der «Notwendigkeit der nationalen Aussöhnung» und dass alle Frieden herbeisehnten. Der Kampf der Swapo habe nicht den Weissen in Namibia gegolten, sondern dem «Kolonialismus und der Ausbeutung». Im Namibia von morgen gäbe es auch für die Weissen einen Platz.

Übergangsregierung in Namibia

Südafrika entsprach im April 1985 dem Wunsch einer aus sechs politischen Parteien bestehenden namibischen Konferenz nach einer Übergangsregierung und -verwaltung. Derzeit gibt es eine

aus Wahlen hervorgegangene 62köpfige, aus allen Rassen und Bevölkerungsgruppen zusammengesetzte Nationalversammlung und einen Rat für Verfassungsfragen. Ein Kabinetts aus acht Ministern verwaltet Namibia (bis zur Unabhängigkeit) weitgehend selbstständig, das heisst, Südafrika entscheidet in ausserpolitischen und Verteidigungsfragen.

In den zehn Jahren, die seit der Verabschiedung der Uno-Resolution 435 verflossen sind, baute Südafrika in Namibia eine einheimische Armee von 70 000 Mann auf. Das ist ebenfalls ein gewichtiger Faktor, und zwar bezogen auf die «Alleinvertretungs-Aspirationen» der Swapo.

Wahrscheinlich müssen die Namibier einmal mehr die «Suppe» auslöffeln: ihre Unabhängigkeit ist noch fern am Horizont. Gewiss ist hingegen, dass die Kubaner noch vor Beginn der Regenzeit im Oktober eine Grossoffensive gegen die Unita in Angola eröffnen werden. Sie, die Kubaner (und je 2500 Sowjets, DDR-Deutsche und 3000 Nordkoreaner), sind die letzten ausländischen Soldaten auf angolaischem Territorium, und verwehren «im Prinzip» Namibia die Unabhängigkeit...

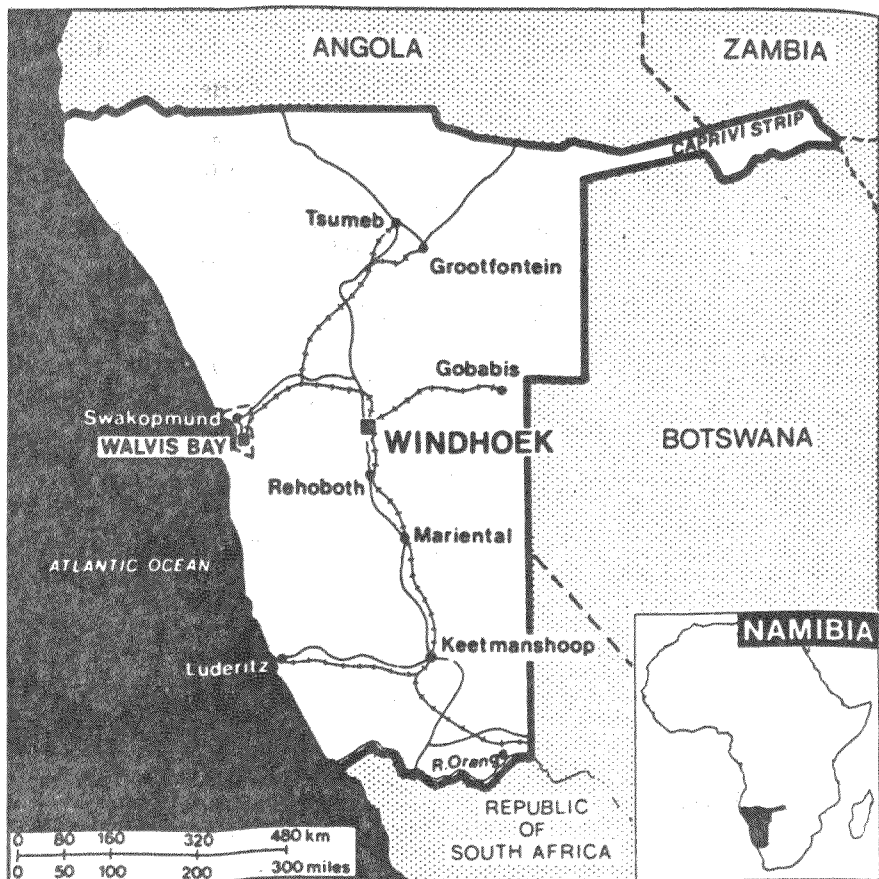
Gefangen – Verschwunden – Ermordet

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte mit Vertretungen in den wichtigsten westeuropäischen Staaten stellte im Oktober 1986 eine Dokumentation «Swapo und die Menschenrechte» der Öffentlichkeit vor. Darin wurden schwerwiegende Vergehen der Swapo nachgewiesen. In im Juli und August veröffentlichten Dokumentationen belegt die Gesellschaft anhand von Zeugenaussagen «verschärften Terror gegen namibische Swapo-Dissidenten in Sambia und Angola».

Eine am 25. August von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion in Frankfurt a. M., herausgegebene Dokumentation enthält auch eine Namensliste von 153 Verschollenen: «Es handelt sich um namentlich registrierte Flüchtlinge aus Namibia, die in irgendeiner Form Opfer der Swapo geworden sind. In den meisten Fällen sind die Personen einfach verschwunden, und eine Kontaktaufnahme zu ihnen ist den Angehörigen seit Jahren nicht mehr möglich...»

Eine weitere Liste zählt 16 Verschollene auf, die «wahrscheinlich tot sind». Eine andere Liste 12 Verschollene, die «mit Sicherheit tot sind».

Der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte sind Swapo-Konzentrationslager in Angola und Sambia bekannt. Die dort begangenen Greuelthaten und Morde bezeugen Überlebende.



Vor der Herbstsession der eidgenössischen Räte

Energiepolitische Weichenstellung

Die am 19. September beginnende Herbstsession der eidgenössischen Räte steht weitgehend im Zeichen der Energiepolitik. Nach Ansicht von FDP-Nationalrat Kurt Schüle (Schaffhausen) könnte sie auf einem zentralen Gebiet unserer Wirtschaft und Gesellschaft eine wichtige Weichenstellung bringen:

Im Zentrum des Interesses werden in der Herbstsession die beiden gleichlautenden Motionen *Schönenberger* im Ständerat und *Stucky* im Nationalrat stehen, die eine *endgültigen Nichtrealisierungsentscheid* im Falle des seit über zwanzig Jahren projektierten *Kernkraftwerks Kaiseraugst* provozieren wollen, verbunden mit den Forderungen nach einer *angemessenen Entschädigung* an die Kaiseraugst-Initianten aus der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft und nach einer *Offenhaltung der Option Kernenergie* der künftigen schweizerischen Energiepolitik. Nach Jahren der Scheingefechte auf dem energiepolitischen Parkett geht es jetzt darum, konkrete Entscheide zu fällen. Dazu gehört auch der Energieartikel in der Bundesverfassung, der gegenwärtig in einer zweiten Auflage von den eidgenössischen Räten beraten wird.

Staat und Energiepolitik

Während der Einsatz von Kohle und Erdöl als Energieträger in der Schweiz von jeher völlig der Privatwirtschaft überlassen war, haben sich Gemeinden und Kantone in starkem Masse in die einheimische Nutzung der Wasserkraft eingeschaltet. Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft befindet sich heute zu gut drei Vier-



teln direkt oder indirekt im Besitz der öffentlichen Hand, die sich auch das leitungsgesundene Stadtgas und folgerichtig das Erdgas gesichert hat. Die als weisse Kohle bezeichnete Wasserkraft war jener Rohstoff unseres Landes, der die Entwicklung der Schweiz zu einer Industriegesellschaft überhaupt erst ermöglicht hat.

Der Energiemarkt war schon aus dieser historischen Sicht heraus nie als ein völlig freier Markt zu betrachten. Mit dem Ausbau der lokalen oder regionalen Energieversorgung hatte der Staat *das* Mittel in der Hand, um die wirtschaftliche Entwicklung zu

steuern. Aber auch das vermeintlich freie Gut des Erdöls hat sich als eminent politisches Instrument erwiesen, spätestens seit der von den ölproduzierenden Opec-Staaten hervorgerufenen Krise vom Spätherbst 1973, als die westliche Welt ihre fatale Erdölabhängigkeit handfest zu spüren bekam. Die massive künstliche Verknappung und Verteuerung des Erdöls führte zu einem weltwirtschaftlichen Schock, von dem sich viele Länder nur schwer erholen konnten. Auch unser Land geriet in beträchtliche wirtschaftliche Schwierigkeiten.

In dieser Zeit reifte die Erkenntnis, dass der Staat in der gesamten Energiepolitik eine Führungsrolle zu übernehmen habe – nicht zuletzt aus umweltpolitischen Gründen. Die Möglichkeiten und Grenzen einer staatlichen Energiepolitik sind aber strittig geblieben.

Rahmenbedingungen setzen!

Auch für einen Marktwirtschaftler ist es aber klar, dass der Staat gerade in der Energiepolitik bestimmte Rahmenbedingungen zu setzen hat, damit sich die schweizerische Volkswirtschaft langfristig auf eine ausreichende und sichere, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung abstützen kann. Dieser Zielsetzung verpflichtet ist auch der vom Bundesrat neu zur Diskussion gestellte Energieartikel in der Bundesverfassung, der darüber hinaus jedoch eine sparsame und rationelle Energieverwendung nicht nur ermöglichen, sondern gewährleisten oder gar erzwingen soll.

Wir brauchen alle Energiequellen und haben im besonderen Masse die erneuerbaren Energien zu fördern, wenn wir die Kriterien der Energieversorgung – ausreichend, sicher, wirtschaftlich und umweltschonend – wirklich erfüllen wollen. Auch mit Blick auf den rapide wachsenden Energiebedarf der Entwicklungsländer, die nur die einfachsten Energietechniken anzuwenden imstande sind, müssen wir davon Abstand nehmen, die fossilen Brennstoffe im bisherigen Umfang für die Gewinnung von Wärme und motorischer Kraft zu verwenden.

Fatale Perspektiven

Bei jeder Verbrennung wird Sauerstoff verbraucht und Kohlendioxid produziert. Dass dadurch eine Klimaänderung ausgelöst und die Erdatmosphäre geschädigt wird, gilt heute als unbestrittene wissenschaftliche Erkenntnis. Das in die Troposphäre gelangende Kohlendioxid wird zusammen mit anderen Spurengasen dazu führen, dass sich die Erwärmung der Erde fortsetzt. Die Perspektiven für Lebensräume von Millionen von Menschen sind fatal. Das Kohlendioxid in der At-

Energiepolitische Standortbestimmung freisinniger Gremien

Priorität dem Energieartikel

Für die FDP geniesst ein Energieartikel in der Bundesverfassung Priorität. Basierend darauf kann später ein Energiespargesetz erlassen werden. Die Partei lehnt einen vorgezogenen Energiesparbeschluss ab. Sie ist jedoch bereit, bereits heute mit der Diskussion über den möglichen Inhalt eines Energiespargesetzes zu beginnen.

Dies ist das Ergebnis einer gemeinsamen Sitzung des Delegiertenrates der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), der freisinnigen Fraktion der Bundesversammlung sowie des Energieausschusses der Partei, die unter dem Vorsitz von Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) stand. An der Aussprache wurden keine Detailbeschlüsse gefasst. Die Diskussion über die energiepolitische Marschrichtung der FDP wird fortgeführt.

Nach Ansicht der FDP sind alle energiepolitischen Optionen offenzuhalten. Eine grössere Substitution von Kernenergie durch fossile Energieträger kommt wegen des CO₂-Problems und der Klimaveränderung für die freisinnigen Gremien nicht in Frage. Von einem wirksamen Energieartikel erwarten sie eine sparsame und rationelle Energieverwendung. Ein solcher hat alle Energieformen einzubeziehen und muss föderalistisch ausgestaltet sein. Von einer Diversifikation im Energiebereich erhofft sich die FDP eine möglichst breite Risikostreuung.

Nach Ansicht der freisinnigen Gremien soll der in der Herbst-

session im Nationalrat zu verabschiedende Energieartikel eine Grundlage dafür bieten, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen eine umfassende Energiepolitik betreiben kann. Einem vorgezogenen Energiesparbeschluss stehen sie aus zwei Gründen ablehnend gegenüber: Einerseits wäre ein solcher auf Grund der vorliegenden verfassungsmässigen Grundlagen zu sektoriell ausgerichtet und könnte andererseits den Energieartikel abstimmungspolitisch gefährden. Nach ihrer Ansicht liegt darüber hinaus bereits heute eine Alternative für einen vorgezogenen Energiesparbeschluss vor: Erstens sind die gesetzgeberischen Möglichkeiten der Kantone im Energiebereich voll auszuschöpfen, zweitens die bestehenden Verordnungen auf Bundesebene soweit erforderlich anzupassen sowie drittens die Sparanstrengungen in der Wirtschaft und den Haushalten weiterzuführen. Ziel dieser Anstrengungen muss es sein, realistische Sparpotentiale und Verbesserungsmöglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz optimaler zu nutzen. Das von den freisinnigen Gremien vorgeschlagene Vorgehen erlaubt zudem ein rasches Handeln.

mosphäre ist daher langfristig wahrscheinlich noch viel problematischer als die kontrollierte Lagerung radioaktiver Abfälle in dazu geeigneten Gesteinsformationen.

Auch in der Kernenergie besteht ein unausschöpftes Potential zur Verbesserung der Nuklearanlagen und zur Entwicklung sicherer Reaktortypen. Dem steigenden Energiebedarf der Entwicklungsländer können die Industrieländer nur mit der Bereitstellung zukunftsgerichteter Techniken für eine umweltschonende Energieerzeugung und Energienutzung Rechnung tragen, woraus sich eine weltweite Interessengemeinschaft ergibt.

Will die Schweiz verarmen?

«So gut wie nichts, was sich in unserem Lande abspielt, ist für

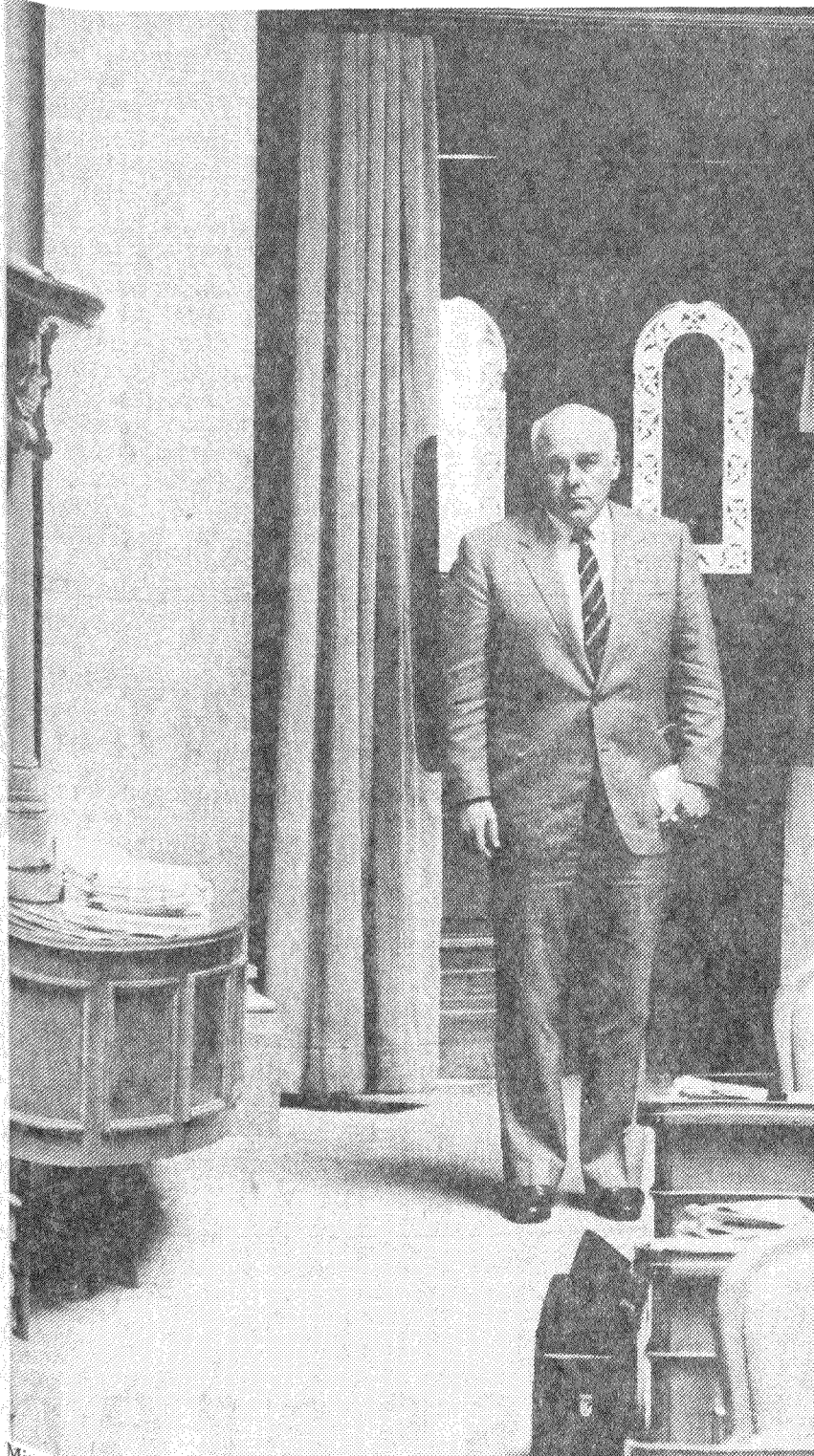
die Welt als Ganzes wichtig – hingegen ist so gut wie alles, was sich in der Welt abspielt, für unser Land direkt oder indirekt von Bedeutung.» Dieser fundamentale Satz findet sich in einem Arbeitsdokument der durch ihre Energie-szenarien zur Beurteilung eines Ausstieges aus der Kernenergie bekannt gewordenen EGES. Die beiden ETH-Professoren *Fritsch* und *Suter* weisen in ihrer interessanten Studie «Die Bedeutung der internationalen Rahmenbedingungen für die schweizerische Energiepolitik» auf die Notwendigkeit hin, dass die Schweiz in der wirtschaftlich-technischen Spitzengruppe mithält, wenn sie nicht verarmen will. «Verarmung raubt aber die Grundlagen zum Einsatz umweltschonender, sauberer und sicherer Energiesysteme, denn die verantwortungsbewusste Entfaltung aller technischen und wirtschaftlichen Potentiale einer modernen und wachstumsstarken Industriegesellschaft ist nicht die Ursache von Umweltzerstörung, sondern eine wichtige Voraussetzung für die Bewahrung der Umwelt.» – Diese Worte gilt es zu bedenken, wenn es nun darum geht, die energiepolitischen Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

Neue und wiedergewählte Präsidenten

Freisinnige Parteiausschüsse bestimmt

Der Delegiertenrat der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) hat statutenmässig die Mitglieder der Parteiausschüsse sowie deren Präsidenten für eine neue vierjährige Amtsperiode wiedergewählt. In vier Präsidien kam es dabei zu einem Wechsel: Anstelle von Ständerat Prof. Ricco Jagmetti (ZH) wird Ständerat Prof. René Rhinow (BL) den Ausschuss für Staatspolitik leiten. Jenem für Energiepolitik wird inskünftig statt alt Ständerat Werner Jauslin (BL) Nationalrat Kurt Schüle (SH) vorstehen. Den Ausschuss für Verkehrspolitik präsidiert neu Nationalrat Peter Aliesch (GR), bisher alt Nationalrat Franz Eng (SO). Einen Wechsel gab es auch im Präsidium des Militärausschusses von Nationalrat Paul Wyss (BS) zu seinem Ratskollegen Willy

Loretan (AG). Die übrigen Vorsitzenden von Ausschüssen stellen sich erneut zur Verfügung: Kultur- und Bildungspolitik Nationalrat Ernst Mühlemann (TG), Finanz- und Steuerpolitik Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti (ZH), Wirtschaftspolitik Ständerat Kaspar Villiger (LU), Tourismus Marco Solari (TI), Landwirtschaftspolitik Nationalrat Christian Wanner (SO), Jugendpolitik Adriano Censi (TI) sowie Aussenpolitik Nationalrat Jean-Pierre Bonny (BE). – Neben den Ausschüssen verfügt die FDP der Schweiz noch über Studiengruppen. Diese Gremien beraten die Partei und Fraktion in Fragen ihres Sachbereiches. So bereiten sie beispielsweise Stellungnahmen im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren zuhanden der zuständigen Parteinstanzen vor.



Mit einem kritischen, im Ausgang zur Wandelhalle des Parlamentes zurück in den Nationalratssaal werfenden Blick: Ulrich Bremi (Zollikon ZH), Präsident der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung. (Photo ruti)



Fortsetzung von Seite 1

che zu selbstgebastelten Handelshemmnissen gegenüber der EG führen können. Voraussetzung ist allerdings ein aktiveres Mitdenken auch des Parlaments und seiner Kommissionen.

Wichtige Aufgaben fallen aber auch der Wirtschaft und ihren Organisationen selbst zu. Das beginnt mit genauen Problemanalysen von Branche zu Branche, setzt sich fort in der notwendigen Schaffung von Informations- und Beratungsstellen und gipfelt im Bemühen, die unternehmerische Innovations- und Leistungsfähigkeit noch mehr zu steigern.

Herausforderung auch für den Souverän

Am Ende steht und fällt unsere wirtschaftliche und handelspolitische Position in Europa nämlich nach wie vor mit dem Stand unserer ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit. Und hier kommt auch dem Stimmbürger ein entscheidendes Mass an Mitverantwortung zu. Denn unsere Wettbewerbsfähigkeit ist zu einem wesentlichen Teil auch eine Frage der wirtschaftlichen Rahmenordnung. Finanz- und Steuerpolitik, Sozialpolitik, Umweltschutz, Energiepolitik bis hin zu Bildungsfragen und Forschungspolitik – all diese Bereiche beeinflussen mit ihren finanziellen und teilweise auch technischen Auswirkungen die Möglichkeiten und Grenzen der künftigen Entwicklung unseres Wirtschaftsraums. Es ist zu hoffen, dass sich unser Souverän auch dieser neuen, besonders anspruchsvollen Herausforderung rach und problembewusst stellen wird.

Keine direkten Befragungen mehr bei Volkszählungen?

Freisinniger Vorstoss fordert Abschaffung

Die periodische Erhebung der statistischen Grunddaten der Bevölkerung soll nach der nächsten Volkszählung ohne direkte Befragung durchgeführt werden. Der Bundesrat soll deshalb den eidgenössischen Räten eine entsprechende Gesetzesvorlage unterbreiten sowie die weiteren, für ein solches Vorgehen nötigen Massnahmen in die Wege leiten. Dies fordert in einer Motion Nationalrat Peter Aliesch. Der Bündner Freisinnige will anstelle der direkten Befragung die Auswertung der bestehenden Daten der Gemeinden – vor allem der Einwohnerkontrollen – und allenfalls der Kantone, um auf diesem Wege zu den von ihm als notwendig bezeichneten statistischen Grunddaten zu gelangen. Nach seiner Ansicht hat der Bund auf dem Gesetzesweg dafür zu sorgen, dass ihm diese Daten für periodisch durchzuführende Erhebungen zur Verfügung stehen.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

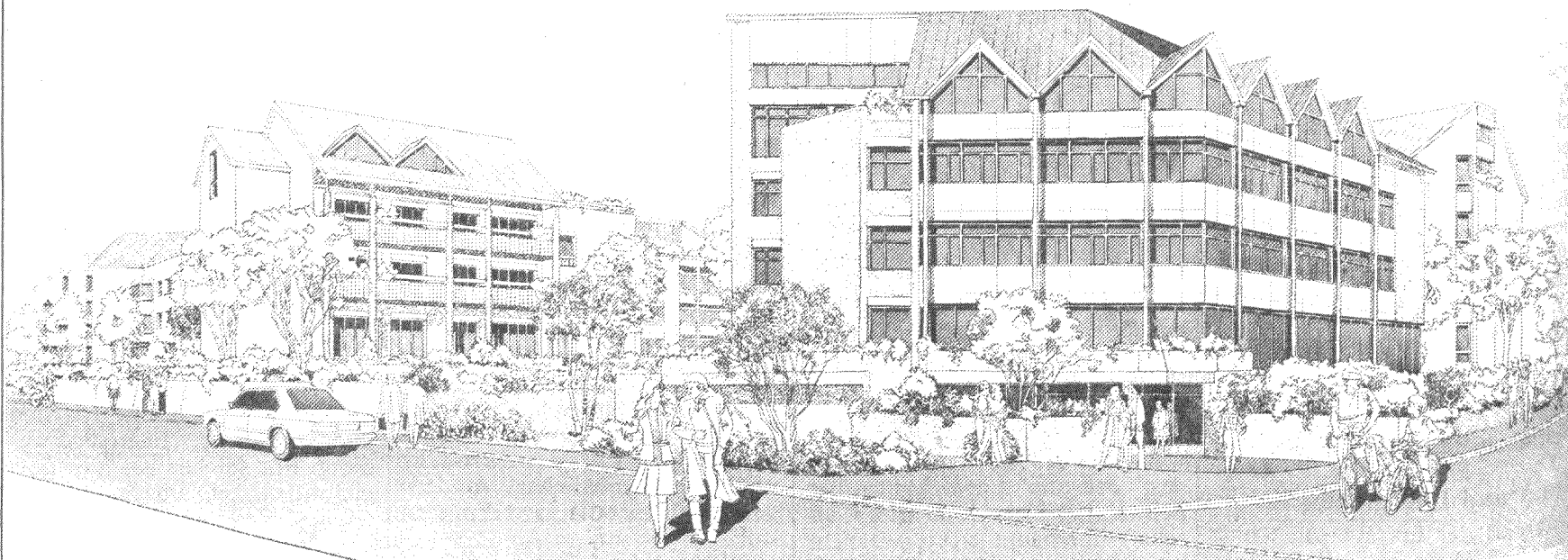
Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Christian Beusch. Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 20.-.

Partnerschaft, die Werte schafft.



Zum Beispiel im Maihof Luzern/Ebikon: Überbauung mit Geschäftshaus und vier Wohnhäusern, total 36 Wohnungen im Stockwerkeigentum.

Als Frutiger Generalunternehmung mit selbständigen Niederlassungen in Thun, Bern und Zürich gehören wir zur alteingesessenen, organisch gewachsenen Frutiger Unternehmensgruppe mit Hauptsitz in Thun.

Unser Know-how und die jahrelange Erfahrung im gesamten Bau- und Immobilienbereich kann auch für Sie die ideale Lösung sein. Statt unzählige Verträge auszuhandeln, gehen Sie mit uns eine einzige Partnerschaft ein, die

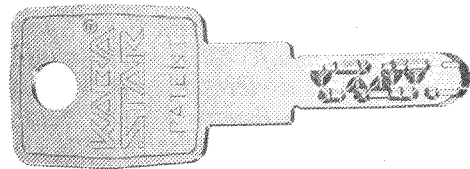
auf Vertrauen, Flexibilität und Auftragstreue beruht. Unser umfassendes Leistungsangebot, das Qualität, Termine und Kosten garantiert, führt zu optimalen Anlagen von bleibendem Wert. Auch für Sie!



Frutiger
Generalunternehmung AG
Heinrichstrasse 216
8005 Zürich
Telefon 01 44 30 36
Seefeldstrasse 8
3602 Thun
Telefon 033 2144 44
Effingerstrasse 13
3011 Bern
Telefon 031 26 11 06

EIN SCHUTZ, DER JEDEM ZUSTEHT.

Jeder Mensch lebt gerne in Sicherheit. Berechtigterweise. KABA kommt diesem Bedürfnis gleich doppelt entgegen. Erstens mit der neuartigen Zylinderpanzerung, die das Aufbohren, Abwürgen und Ausreissen des Schliesszylinders praktisch unmöglich macht. Und zweitens mit dem Schlüssel, der zur Panzerung passt: dem bewährten KABA STAR im neuen, funktionsgerechten Design. Sichern Sie sich Ihre Ruhe. Mit einem Schliess-System von KABA.



KABA®

Der Schlüssel zu Ihrer Sicherheit.

Für detaillierte Informationen wenden Sie sich an Ihren Schloss-Spezialisten oder an die Bauer Kaba AG, Postfach, CH-8620 Wetzikon, Tel. 01/9316111, Telex 875481, Telefax 01/9316385.



Ihr Ferienverbesserer

Handeln, statt Versprechungen machen

«Für eine Gesundheitspolitik mit Herz»

In ihren Begrüßungsworten begründete Nationalrätin Susi Eppenberger (Nesslau SG), Vizepräsidentin der FDP der Schweiz, warum die Partei eine gesundheitspolitische Tagung durchführte und warum «Grundsätze einer freisinnigen Gesundheitspolitik» ausgearbeitet wurden:



Gesundheit geht uns alle an. Und vor Krankheit ist niemand gefeit. Die künftige Gestaltung des öffentlichen Gesundheitswesens ist heute einer der brennendsten politischen Entscheide. Dies gerade in einem Zeitpunkt, da es an innovativen Ideen fehlt und nach der Ablehnung des Gesetzes für eine Kranken- und Mutterschaftsversicherung (KMVG) die Diskussionen um die Neugestaltung der Krankenversicherungsgesetzgebung in eine Sackgasse geraten sind.

Wende herbeiführen

Vorschläge zur Reform unseres Gesundheitswesens gibt es in Hülle und Fülle. Aber meistens sind sie nach dem St.-Florians-Prinzip an andere gerichtet. Alle reden. Wir Freisinnigen wollen handeln. Handeln für die Versicherten, handeln für die Patienten, handeln für die im Gesundheitswesen Tätigen, handeln für die Beibehaltung unseres freiheitlichen Gesundheitssystems.

Die Ausgaben für unser Gesundheitswesen sind in den letzten Jahren unablässig gestiegen. Wenn es im bisherigen Tempo weitergeht, kommt einmal der Moment, in welchem das gesamte Sozialprodukt von unserem Gesundheitswesen aufgezehrt wird. Für diese Weisheit brauchte es nicht einmal supergescheite Leute. Aber diese Weisheit sollte uns aufzeigen, dass wir nicht einfach weiterwursteln können, sondern eine Wende herbeiführen müssen.

Nicht allein eine Geldfrage

Zudem ist es ein Irrtum zu glauben, mehr Geld bedeute mehr Gesundheit. Die Gleichung «je teurer, desto besser» stimmt auch im Gesundheitswesen nicht. Gesundheit ist darüber hinaus nicht blosses Geldsache. Der Aberglaube «mehr Geld = mehr Gesundheit» schützt die Kranken und Fleissigen.

Die vorliegende «Freisinn»-Ausgabe ist weitgehend der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz gewidmet, die sich mit dem Thema «Gesundheitspolitik der 90er Jahre» befasste. Neben der an der Tagung verabschiedeten Resolution werden Stellungnahmen von Nationalrätin Susi Eppenberger (SG), die als Vizepräsidentin der FDP der Schweiz die Veranstaltung eröffnete, Ständerat Arthur Hänsenberger (BE) sowie Prof. Dr. med. Felix Gutzwiller, dem «spiritus rector» des freisinnigen Thesenpapiers, veröffentlicht.

gen nicht vor den Cleveren, die unser ausgebautes Versicherungswesen im Gesundheitsbereich ohne Rücksicht darauf ausnutzen, dass dieses von jenen bezahlt wird, die Tag für Tag zur Arbeit gehen und die Versicherungen mit ihren monatlichen Prämien treu und brav unterhalten.

Wenn die Eigenverantwortung verkümmert, wird die Solidarität überfordert. Wer von unserem Gesundheitswesen alles verlangt, was machbar ist, entzieht ihm Geld. Jenes Geld, das wirklich Kranken zugute kommen sollte. Die Versicherungsprämie kann und darf nicht der Bon für jeden Gesundheitswunsch sein. Sonst müssen wir ja noch die gesunde Nahrung und die Reformhäuser

Das schweizerische Gesundheitswesen:

Bilanz und Perspektiven

Prof. Dr. med. Felix Gutzwiller, Zürich, Präsident der FDP-internen Ad-hoc-Arbeitsgruppe «Gesundheitspolitik» äusserte sich zu Bilanz und Perspektiven im schweizerischen Gesundheitswesen:



Die Lebenserwartung der Schweizerinnen und Schweizer ist weltweit eine der höchsten, ihr Gesundheitszustand einer der besten. Dennoch sind weitere Verbesserungen möglich: rund 250 000 Lebensjahre gehen vorzeitig, d. h. vor Erreichen der natürlichen Lebenserwartung verloren. Die Gründe dafür liegen in den häufigen chronischen Krankheiten wie Krebs- oder Herz-Kreislauf-Leiden, aber auch bei der hohen Selbstmordziffer, den Suchtkrankheiten sowie den Verkehrsunfällen. Regionale, soziale und altersabhängige Unterschiede im Gesundheitszustand sind noch immer vorhanden.

Das schweizerische Gesundheitswesen zeichnet sich durch eine hohe Qualität und Leistungsfähigkeit aus. Allerdings haben sich die Gesundheitsausgaben seit 1960 beinahe verfünffacht. Heute werden in der Schweiz ungefähr 8% des Bruttozialproduktes (rund 20 Milliarden Franken für 1988) ausgegeben. Bezogen auf die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben, nimmt die Schweiz zusammen mit den USA eine Spitzenstellung ein.

Die entscheidende Frage für die Zukunft lautet deshalb, wie eine hohe Versorgungsqualität für die Bevölkerung bei gleichzeitig kontrollierter Kostenentwicklung gewährleistet werden kann, insbesondere weil auch in der Zukunft ein anhaltend starkes Ausgabenwachstum im Gesundheitswesen zu erwarten ist.

Die rapide Kostenexpansion im Gesundheitswesen ist struktur-

mit den Versicherungsprämien und Beiträgen der öffentlichen Hand finanzieren.

Gegen Entsolidarisierung

Dem, der krank ist, muss mit allen Mitteln geholfen werden, die notwendig und möglich sind. Aber unser soziales Gesundheitswesen ist nicht für jede Bagatelle und jeden Luxus zuständig. Die Solidarität, die wir für die Kranken brauchen und auf die diese nicht nur heute, sondern auch morgen zählen können, muss durch die Eigenverantwortung der Versicherten unterstützt werden. Durch ein Umdenken bei jedem Einzelnen – nämlich ein Weg von der Konsumhaltung und ein Hin zum Bewusstsein der Selbstverantwortung –, durch eine effiziente Verwendung der knappen Ressourcen sowie den notwendigen Druck des Wettbewerbs – soweit dieser im Gesundheitswesen überhaupt möglich ist – muss rechtzeitig einer Entsolidarisierung auf dem Buckel der Betagten und wirtschaftlich Schwächeren entgegengewirkt werden.

Wir Freisinnigen wollen handeln. Das ist Gesundheitspolitik mit Herz, nicht die Gesundheitspolitik der Sprüche und grossen Versprechungen.

Resolution verabschiedet an der a. o. DV der FDP der Schweiz vom 27. August 1988 in Bern

Für eine gesundheitspolitische Neuorientierung

An der a. o. Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 27. August 1988 in Bern zum Thema «Gesundheitspolitik der 90er Jahre» wurde eine grundsätzliche Neuorientierung der Gesundheitspolitik in der Schweiz gefordert und folgende Resolution verabschiedet:

In Anbetracht der 20 Milliarden Franken, die pro Jahr für das Gesundheitswesen ausgegeben werden, lautet die entscheidende Frage für die Zukunft, welche Massnahmen eine hohe Versorgungsqualität im Gesundheitswesen bei gleichzeitig kontrollierter Kostenentwicklung gewährleisten könnten. Da diese Kostenentwicklung strukturbedingt ist, muss eine grundlegende Änderung der Finanzierungs- und Anreizstrukturen im Gesundheitswesen herbeigeführt werden. Zudem geht es darum, von der Krankenhauspolitik von heute wegzukommen. Stärker zu betonen sind inskünftig Prävention und Gesundheitsförderung wie auch spitalexterne Pflege.

Die FDP der Schweiz schlägt deshalb nach dem Scheitern der KMVG-Vorlage am 6. Dezember 1987 vor, dass die Totalrevision der Krankenversicherungsgesetzgebung unverzüglich vorzunehmen ist. Von einem Aufwärmen einiger Artikel der abgelehnten Vorlage im Sinne eines neuen Sofortprogrammes ist abzusehen. Hingegen müssen in der Zwischenzeit, d. h. als kurzfristige Massnahme, die Subventionsbestimmungen geändert und die Bundesbeiträge an die Krankenkassen in angemessener Weise erhöht werden. Die zusätzlichen Subventionen sollen insbesondere

für Betagte und wirtschaftlich Schwächere eingesetzt werden. Gleichzeitig muss von den Krankenkassen erwartet werden, dass sie Eigenanstrengungen erbringen, nicht zuletzt auch mit Blick auf die Erhaltung eines gegliederten Krankenkassensystems.

Reformen zur Behebung der Informations-, Steuerungs- und Kontrolldefizite im Gesundheitswesen sind notwendig. Nach Auffassung der FDP ist Abstand zu nehmen von der bisherigen konzeptlosen Politik, weil die wachsende Kluft zwischen dem medizinisch Möglichen und dem wirtschaftlich Machbaren zu härteren Entscheiden zwingt. Soll der sich abzeichnende Trend in Richtung einer staatlichen Einheitsversorgung im Rahmen eines voll regulierten und bürokratisierten Gesundheitswesens mit entsprechenden Handlungs- und Freiheitsverlusten gebrochen werden, so muss nach Ansicht der Partei die Totalrevision der Krankenversicherungsgesetzgebung unverzüglich an die Hand genommen werden.

Die Initiative des Konkordats der schweizerischen Krankenkassen, welche kein grundsätzliches Problem im Gesundheitswesen löst und nur zu einem weiteren Kostenschub führen wird, ist Volk und Ständen ohne Gegenanschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

werbshindernisse. Zudem müssen die politisch definierten sozialen Auflagen erfüllt werden: ein medizinisches Grundleistungspaket muss unabhängig von der Einkommenssituation beansprucht werden können. Versuche mit neuen Versicherungs- und Versorgungssystemen sind nötig. Eine eigentliche Gesundheitspolitik muss erst noch entwickelt werden.



gwierige Beratung des «Sofortprogrammes» hat uns gezeigt: Sobald wir weggehen von den schön tönenden Allgemeinplätzen (wie Kostensenkung, persönliche Verantwortung, neue Finanzierungssysteme, Verhinderung von «Giesskannensubventionen») und versuchen, solche schöne Worte in griffige Gesetzesbestimmungen zu fassen, dann tauchen die Differenzen auf.

Zwischenlösung anvisieren

Wenn wir direkt auf die Gesamtrevision des KVG lossteuern, so muss in einem Punkt doch noch eine Zwischenlösung gefunden werden. Es gibt einen wirklichen «Leidensdruck»: Das ist die Höhe der Krankenkassenprämien

«Grundsätze» werden publiziert

Die an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung diskutierten «Grundsätze einer freisinnigen Gesundheitspolitik» werden auf Grund der Meinungsäusserungen überarbeitet und hernach als Sonderheft der «Politischen Rundschau» publiziert. Sobald dieses Heft vorliegt, wird im «Freisinn» ein Bestelltalon publiziert werden.

bedingt. Die Finanzierungs- und Anreizstrukturen sind für alle am Gesundheitswesen Beteiligten ganz auf Expansion ausgerichtet. Zudem ist die Finanzierung derart zersplittert, dass heute niemand die volle Kostenverantwortung übernimmt. Die Gesundheitspolitik ist zudem noch zu sehr Spitalpolitik. Prävention und Förderung der Gesundheit kommen zu kurz.

Ziel einer Neuorientierung im Gesundheitswesen muss es sein, eine effiziente Verwendung der Mittel bei einer grösstmöglichen Handlungs- und Wahlfreiheit des Einzelnen zu erreichen. Eine Grundvoraussetzung für eine entsprechende Reform ist die Beseitigung der in die soziale Krankenversicherung eingebauten Wettbe-

Wie weiter in der Revision des Krankenversicherungsgesetzes?

Keine und kleine Schritte

Seine Überlegungen zur anstehenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) nach der Ablehnung des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes (KMVG) durch den Souverän erläutert nachstehend Ständerat Arthur Hänsenberger (Oberdiesbach BE). Seine mündlichen Ausführungen an der freisinnigen Gesundheitstagung wurden durch die Redaktion gekürzt.

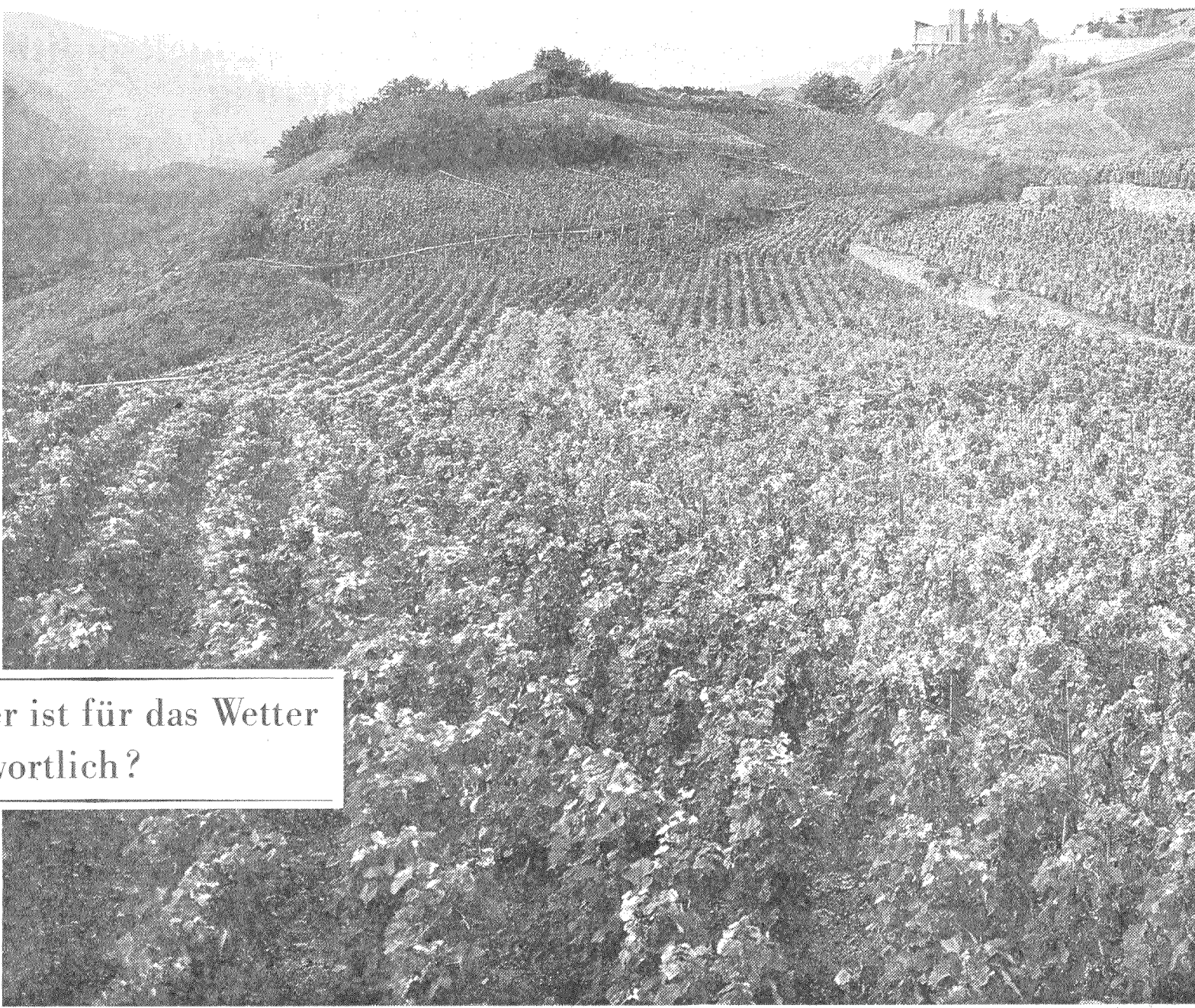
Mit der massiven Verwerfung der KMVG-Vorlage vom vergangenen Dezember hat das Schweizer Volk eine Gesetzesänderung abgelehnt, die zwar keine grundsätzliche Neuordnung bedeutet, aber das alte Krankenversicherungsgesetz doch wesentlich modernisiert und stark verbessert hätte. Immer war dieses sog. Sofortprogramm als ein erster Schritt bezeichnet worden, dem sich nahtlos die Beratung einer Gesamtrevision des Krankenversicherungsgesetzes hätte anschliessen müssen.

Welcher Weg?

Soll nun, wie eine Mehrheit der ständerätlichen Kommission das will, diese längst notwendige Gesamtrevision wieder in zwei

Schritten unternommen werden, nämlich vorab mit einer hastigen, durch die Abstimmungsfristen zur Konkordatsinitiative unter Zeitdruck stehenden Teilrevision (gedacht als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative und als Anreiz, damit das Konkordat diese zurückzieht) und mit nachheriger Aufnahme der Gesamtrevision? Mir scheint, wir sollten unverzüglich die Gesamtrevision des KVG in Angriff nehmen, sobald die vom Bundesrat bestellten Experten ihre neuen Vorschläge abgeliefert haben. Die Gesamtrevision braucht Zeit. Es gibt kaum eine Frage in der Krankenversicherung, die nicht umstritten ist, bei der nicht verschiedene Interessen einander gegenüberstehen. Die

Andy Strasser



Und wer ist für das Wetter verantwortlich?

vyx793563g

Nicht jedes Jahr ist ein Weinjahr, nicht jedes Jahr ein Börsenjahr. Phänomene spielen mit, die man so wenig beeinflussen kann wie die Launen des Wetters.

Umso wichtiger ist das Menschens-mögliche.

Professionelles Banking. Gründliche, regelmässige Kontrolle und Pflege der Grundlagen; des Bodens, der Wurzeln, der Zweige, der Früchte der Arbeit. Präzise Analyse des Klimas. Richtige Massnahmen bei wechselhafter Witterung. Langfristige Zielsetzungen. Erarbeiten von Anlagestrategien, die Ernte bringen – ohne bei stürmischen Tendenzen gleich Berge versetzen zu müssen.

Dafür sind wir gerne verantwortlich.

BANK VONTOBEL
Zürich

persönlich – professionell

Bank J. Vontobel & Co. AG,
Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich,
Schweiz, Tel. 01 488 71 11.
Vontobel USA Inc.,
450 Park Avenue, New York, N.Y.
10022, USA, Tel. (212) 415-7000.

für Familien und Alleinstehende mit sehr bescheidenem Einkommen.

Die Eidgenossenschaft hat mit dem «Einfrieren» der Subventionen an die Krankenkassen diesen wesentliche Mittel während Jahren nicht zukommen lassen (von 1976 bis 1987 ca. 3 Milliarden ausmachend), ohne die gesetzlichen Auflagen an die Krankenkassen zu mildern. Bevor die erst in einigen Jahren spruchreife Gesamtrevision KVG wirksam wird, muss den Krankenkassen eine vermehrte Bundesleistung zukommen. Erst die Gesamtrevision wird ein anderes Finanzierungssystem beschliessen können. Die Leistungen der öffentlichen Hand an die Krankenkassen sind nicht, auch wenn das immer wieder behauptet wird, Giesskannensubventionen. Sie gelten Sozialhy-potheken ab, die den Kranken-

kassen durch Bundesvorschriften auferlegt wurden und die verhindern, dass die Prämien voll nach dem Verursacherprinzip berechnet werden dürfen.

Auch Krankenkassen sind gefordert

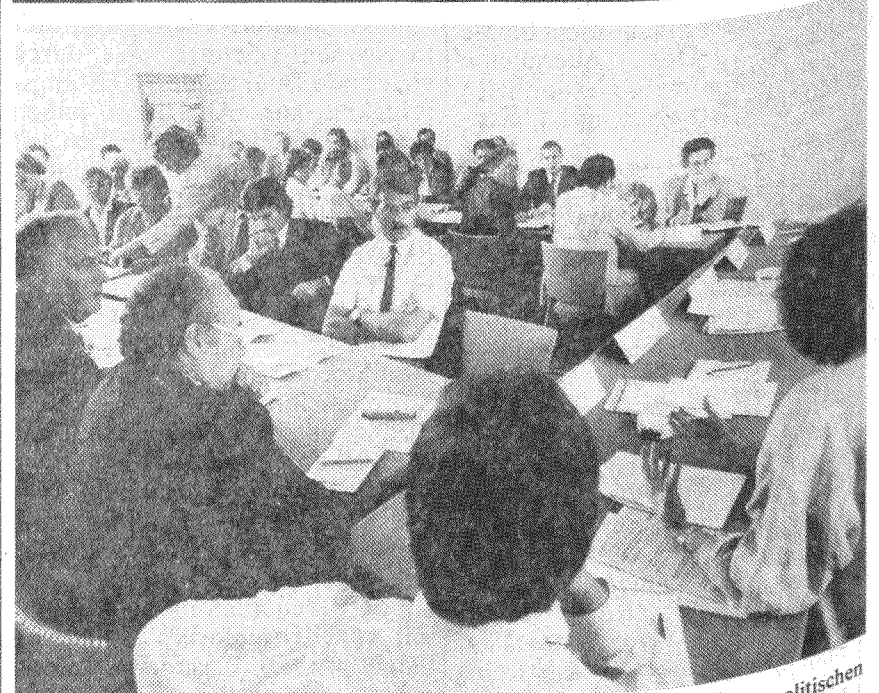
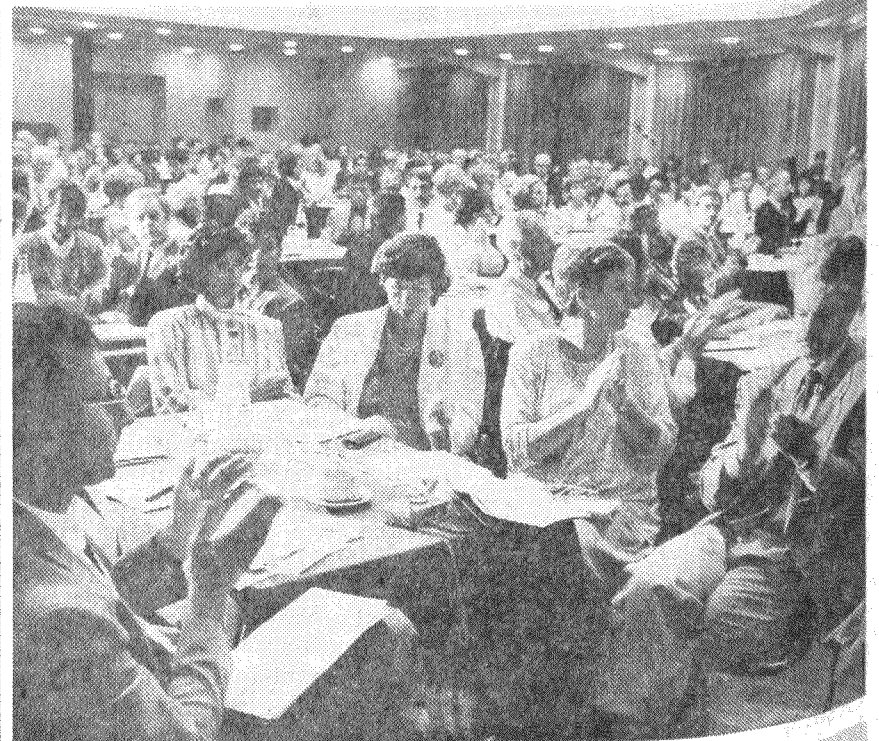
Die von mir gewünschte rasche Anpassung der Beiträge des Bundes soll allerdings nicht bedingungslos erfolgen. 1. Die Solidarität Jung - Alt muss überdacht werden. Mit einem eigenen Solidaritätssystem der Krankenkasse wäre denjenigen Kassen, die eine ungünstige Altersstruktur aufweisen, zu helfen. 2. Der Betrieb der Krankenkassen ist noch straffer und kostengünstiger zu führen. 3. Die «Solidarität» zwischen den Krankenkassen ist durch diese selbst zu überdenken. 4. Die Bundesbeiträge sollen für die Kosten

der Frauen, der Betagten und der Invaliden verwendet werden.

Was tun und was nicht tun?

Was muss heute gemacht und was nicht gemacht werden? Es sollte *kein Schritt* getan werden zur Änderung materieller Vorschriften des KVG vor der sofort aufzunehmenden Gesamtrevision dieses Gesetzes. Weder die grundsätzlich zu überdenkende andere Finanzierungsmöglichkeit der Bundesbeiträge noch die Umkehrung der Interessenlage der Leistungsanbieter, noch die Ausdehnung auf Pflege ausserhalb der Spitäler, noch die Abgrenzung von Krankenkosten zu Alterskosten lassen sich in einer raschen Teilrevision erreichen. Diese Punkte müssen wohlüberdacht als unabdingbare Teile in eine Gesamtrevision des KVG aufgenommen werden.

Aber es sollte in dem Sinne *ein kleiner Schritt* getan werden, dass die Bundesbeiträge an die Krankenkassen nicht einfach weiterhin plafoniert bleiben und die Krankenkassen (und damit die Mitglieder) in immer ärgere Bedrängnis kommen. Die Eidgenossenschaft soll vermehrte Mittel zur Verfügung stellen und dabei die Krankenkassen zu verbesserter innerer Solidarität und rationellem Geschäftsgebaren anhalten. Dabei sind die Bundesbeiträge so zu verwenden, dass die sich aus den höhern Kosten der Frauen und der Betagten ergebenden Belastungen gemildert werden. Auf diesen beiden Gebieten schränkt das geltende Gesetz die Erhebung leistungsgerechter Prämien ein, und diese durchaus nicht unberechtigten Auflagen an die Krankenkassen hat der Bund mitzufinanzieren und an die wachsenden Kosten beizutragen.



Unsere Bilder (Fotos ruti) vermitteln einen Eindruck von der gesundheitspolitischen Tagung der FDP der Schweiz.



Drei konkrete Beispiele

Sport und Politik in der Schweiz

Auch in unserem Land hat es den Sport ohne Politik kaum je gegeben. Hier drei von Hugo Steinegger zusammengestellte Beispiele. Der Autor ist Präsident der Arbeitsgruppe Sport der FDP der Schweiz und beruflich als Presse- und PR-Chef des Schweizerischen Landesverbandes für Sport tätig.

Bereits 1874 hat der Bundesrat zehn Sportfachleute als seine beratende Instanz für Sportfragen und damit als Vorgängerin der heutigen Eidgenössischen Turn- und Sportkommission (ETSK) eingesetzt.

Nur zwei Jahre später versuchte diese Fachkommission – allerdings vergeblich – den Bundesrat zur Schaffung eines nationalen Instituts für Sport zu bewegen. 68 Jahre später wurde es dann mit der Eidgenössischen Turn- und Sportschule (ETS) in Magglingen Wirklichkeit.

Als sportpolitischer Höhepunkt gilt nach wie vor die Volksabstimmung über einen Verfassungsartikel für die Förderung von Turnen und Sport vom September 1970. Mit 524 000 Ja zu 178 000 Nein hat das Schweizervolk eindeutig eine aktive nationale Sportförderung bejaht. Auf Grund dieses Verfassungsartikels wird eine gesamtheitliche Sportförderung vier Hauptträgern zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit übertragen: Dem Bund und den Kantonen mit ihren Gemeinden aus dem öffentlichrechtlichen sowie dem Schweizerischen Landesverband für Sport (SLS) als Sportdachorganisation und den nationalen Sportfachverbänden mit ihren Vereinen aus dem privatrechtlichen Bereich.

Das Schweizer Sportkonzept

Aufgaben und Zuständigkeiten der einzelnen Verantwortungsträger sind im Schweizer Sportkonzept geregelt. Dieses befasst sich mit dem Schul-, Jugend-, Erwachsenen-, Breiten-, Leistungs- und Hochleistungssport. Das Konzept wird besonders der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Instanzen wegen im Ausland stark beachtet. Das Sportkonzept geht von der Autonomie und der Selbstverwaltung des Sportes aus. Der Sport ist Sache der sporttreibenden Bürger und ihrer Organisationen. Die staatlichen Institutionen schaffen im Rahmen ihrer Ordnungsfunktionen die Voraussetzungen, um Sport treiben zu können.

Der Bund fördert den Sport subsidiär im ganzen Bereich. Dabei stehen zwei Schwergewichtsaktionen im Vordergrund. Als

Schwergewichtsaktion Nr. 1 trägt er – zusammen mit den Kantonen – die Institution «Jugend + Sport» (J+S). J+S ist betont auf den Breitensport ausgerichtet. Schwergewichtsaktion Nr. 2 des Bundes ist der Betrieb der Eidgenössischen Turn- und Sportschule (ETS) in Magglingen und des Zweigbetriebes in Tenero. Die ETS ist eine Sportschule mit schuleigenen Kursen, ein Ausbildungszentrum der nationalen Sportverbände, eine Forschungsstätte, eine Dokumentationsstelle, ein Gastbetrieb sowie eine Amtsstelle des Bundes.

Kantone und Gemeinden sind Träger des Schul- und Lehrlingsportes. Sie sind zudem in grossem Ausmass für Bau und Unterhalt von Sportstätten zuständig. Die Kantone haben durch ihre Sportämter und via die kantonalen Sport-Toto-Gelder eine direkte Verbindung zu den kantonalen Sportverbänden und deren örtliche Vereine und Clubs.

Finanzielle Mittel

Dem organisierten Schweizer Sport stehen jährlich – ohne Berücksichtigung der Leistungen des Einzelnen, ohne Berücksichtigung der vielen ehrenamtlich geleisteten Arbeit – insgesamt 100 Millionen Franken zur Verfügung. Diese Mittel stammen etwa zur Hälfte von der Schweizerischen Eidgenossenschaft und zu gut 45 Prozent von der Schweizerischen Sport-Toto-Gesellschaft. Rund 3 Prozent bringt die Schweizer Sporthilfe als Sozialwerk des Schweizer Sportes auf. Kantone und Gemeinden haben jährlich für Bau, Betrieb und Unterhalt der Sportanlagen, für Sportunterricht, für Sportorganisation und Sportmaterial geschätzt 600 Millionen Franken aufzubringen.

Effiziente Partnerschaft

Auch wenn es immer wieder um einzelne Positionen des Sportkonzeptes zu kämpfen gilt, darf gesamthaft gesehen bei uns in der Schweiz die Partnerschaft zwischen Sport und Politik als effizient bezeichnet werden. Am aktuellen Thema «Sport und Umwelt» wird erneut die gut funktionierende Partnerschaft unter Beweis gestellt werden können.

Erste Erfahrungen des neuen Generalsekretärs

Vor hundert Tagen habe ich das Amt als Generalsekretär der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) angetreten. In Amerika gibt es die Gepflogenheit, nach dieser Schonfrist eine erste Bilanz zu ziehen. Ausgangspunkt dieser Bilanz bilden die Zielsetzungen, die ich mir bei meinem Amtsantritt gestellt habe. Ich bin von aussen gekommen – ohne ein Aussenstehender zu sein. Darum ging es für mich vorerst darum, die Partei von innen kennenzulernen. Das heisst: Strukturen erleben, Gepflogenheiten erfahren und Kontakte pflegen. Es galt, die schweizerischen Parteikader, die Magistraten, die Parlamentarier – das vor allem – kennenzulernen (soweit sie mir nicht aus anderen Funktionen bekannt waren). Und schliesslich waren auch die Medien zu beschnuppern. Wobei ich häufig der Beschnupperte war.

Was den ersten Punkt, die Interna, anbelangt, betrachte ich diesen weitgehend als abgeschlossen. Als Partei-Insider kann und darf ich mich aber noch nicht bezeichnen. Dazu benötigen hundert Tage selbstverständlich nicht. Insider wird man erst nach längerer Zeit – und bleibt es nur so lange, als man sich bemüht, Insider zu sein.

Zeitaufwendig, aber auch äusserst wertvoll waren für mich die zahlreichen Kontakte. Ich habe in dieser Hinsicht vor allem zu danken: Für die spontan gute Aufnahme und für das Verständnis, das ich überall erfahren durfte. Das war äusserst erfreulich und stimulierend. Man hat mir aber auch zu erkennen gegeben, dass man vom Generalsekretär und seinen Mitarbeitern einiges erwartet. Diese Erwartungen bestehen nicht einfach darin, dass der Generalsekretär eine gut funktionierende Dienstleistungsstelle führt, indem er Partei und Fraktion in ihren Arbeiten unterstützt. Man erwartet mehr von ihm, insbesondere

- dass er die Standpunkte und Anliegen der Partei wirkungsvoll gegen aussen vertritt;
- dass er Impulse für Partei und Fraktion vermittelt;
- und dass er bei all diesen Engagements nie als Chefideologe auftritt.

Recht ausgedehnt waren auch meine Kontakte mit der Presse. Angefangen mit den Bundeshausjournalisten und kürzlich abgeschlossen in einer gemeinsamen Tournee mit Fraktionspräsident Nationalrat



Breimi durch vier verschiedene Schweizer Städte.

Man klebt unserer Partei gerne das Etikett «Wirtschaftspartei» auf. Ein Etikett, so meine ich, das – wie alle Etiketten – undifferenziert ist und das zu spezifizieren ist. Zwar ist es sicher unbestritten, dass die FDP den wirtschaftlichen Fragen besonders zugetan ist. Wirtschaft ist aber nicht gleichlautend mit Arbeitgeber, sondern schliesst auch die Arbeitnehmer ein. Wer wüsste es besser als die FDP, dass es auf die Dauer keine Wirtschaft geben kann ohne echte Sozialpartnerschaft?

Der Freisinn ist stolz, der Wirtschaft verpflichtet zu sein, Garant zu sein für Arbeitsplätze, Einkommen und Wohlstand. Freisinnige Wirtschaftspolitik heisst: Den Leistungsgedanken hochhalten – auch in einer Zeit, in der Leistung aus der extremen rot-grünen Ecke verteuert wird. Erinnern wir uns doch immer daran, dass unsere Sozialwerke auf einem einzigen Fundament stehen, nämlich auf dem wirtschaftlichen Fleiss jedes einzelnen: Jeder Schweizer, der dazu in der Lage ist, arbeitet voll. Wenn sich egoistische Genugsamkeit breitmachen sollte, wenn die grosse Masse plötzlich nur noch aus Minimalisten bestünde, welche sich mit Teilzeitarbeit begnügten, dann wäre das der Tod der AHV, der IV und der Arbeitslosenversicherung. Freisinnige Wirtschaftspolitik ist immer auch Sozialpolitik, muss immer auch Sozialpolitik sein.

Aus dieser Überzeugung heraus scheint es mir wichtig zu sein, dass unsere Partei sich vermehrt darum bemüht, diese Zusammenhänge sichtbar zu machen. Und dass sie als Folge davon auch ihre Position in der Gesellschaftspolitik herausarbeitet. Das Bekenntnis für eine soziale und umweltverpflichtete Marktwirtschaft steht nie im Ge-

gensatz zu einer aufgeschlossenen Gesellschaftspolitik. Wir spüren ja alle, dass das gesellschaftliche Gefüge in Bewegung geraten ist. Mitgestalten, nicht einfach reagieren, heisst unsere Parole. Ich bin in den ersten 100 Tagen meines Wirkens für die FDP zur Überzeugung gelangt, dass hier ein Effort notwendig ist.

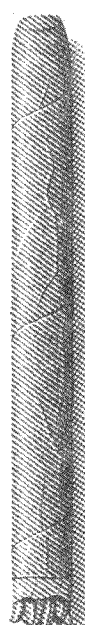
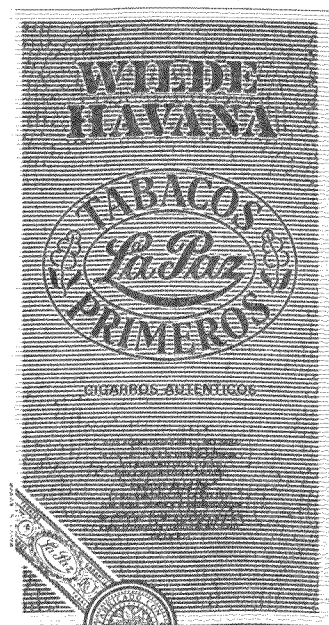
Damit habe ich angedeutet, dass ich mich nach Abschluss der Einführungsphase nun vermehrt längerfristigen Aufgaben und Themen zuwenden werde. Dazu gehören auch die persönlichen Kontakte zu den Kantonalparteien. Dies einerseits, um mich vorzustellen, andererseits aber auch, um die gegenseitige Zusammenarbeit zu intensivieren. Ich bin überzeugt, dass aus einer noch verstärkten Zusammenarbeit zwischen Generalsekretariat und Kantonalsekretariaten und -parteien viel Synergien resultieren werden, von denen beide Seiten profitieren.

Als mitgliederstärkste Partei des Landes mit der grössten Zahl von Volksvertretern im Parlament muss es unser aller Ziel sein, unsere Position zu halten und auszubauen. Nur wenn wir stark sind, gelingt es, das liberale Gedankengut als Pfeiler unseres Staates hochzuhalten. Dazu braucht es die Kantonalparteien mit ihren Sektionen, aber auch ein Generalsekretariat, das mit der Basis verbunden bleibt. Nichts wäre verhängnisvoller als das, was uns eine andere Landespartei seit Jahren vordemonstriert: eine Parteispitze, welche ohne Kontakt mit dem Volk intellektuelle Programme entwirft und durchziehen möchte; der Preis dieser «Politik gegen das Volk» ist der Verlust eines Drittels der Wähler. Solches darf es in der FDP nie geben. Wir sind eine Volkspartei, oder wir sind nicht mehr.

Um eine Volkspartei zu sein, brauchen wir eine rege Kommunikation, die vor allem auch von unten nach oben fliesst. Dieses Anliegen liegt mir besonders am Herzen. Wenn es uns gelingt, die gegenseitige Zusammenarbeit zu verstärken, Gesprächsbereitschaft und Toleranz aufrechtzuerhalten und zu fördern, dann finden wir immer den Kontakt mit dem Wähler. Dann kümmern uns weder politische Abstinenz noch Anfeindungen, noch hinterfragende Medien. Dann verfügen wir über das einzige politische Kapital, das es in der Demokratie gibt: über eine sichere Stütze im Volk.

Christian Kauter

Dauerbrenner von La Paz.



Die Cigarre, die schon beim Anzünden ihr volles Aroma entfaltet. Das ist die authentische Wilde Havana von La Paz. Ständig kopiert, doch nie erreicht.

Das Büschel am Brandende, das ehrlich sein Inneres nach aussen kehrt, zeigt die wilde Kraft der ausbalancierten Mélanges aus mehr als 20 Tabaksorten der berühmtesten Provenienzen der Welt. Umwickelt mit einem Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt von unverfälschter Natürlichkeit.

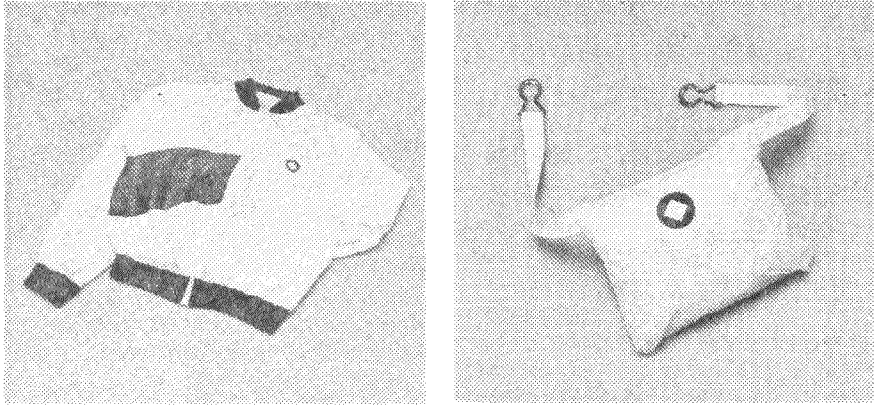
Wilde Havana von La Paz. Aus Tabak. Mehr nicht.




Ideal für diese Jahreszeit

Praktisch und bequem . . .

ist die FDP-Regenjacke. Und darüber hinaus der Jahreszeit angepasst. Denn sie eignet sich vor allem für herbstliche Wanderungen, wenn das Wetter nicht immer ganz sicher ist. Der Windblouson ist aus Nylon mit Strickborden. Er kann – wie das Bild zeigt – klein zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Er ist in verschiedenen Grössen erhältlich.





Bitte senden Sie mir Windblouson

... Grösse S ... Grösse M

... Grösse L ... Grösse XL

zum Preis von je Fr. 30.– (plus Verpackungs- und Versandkosten).

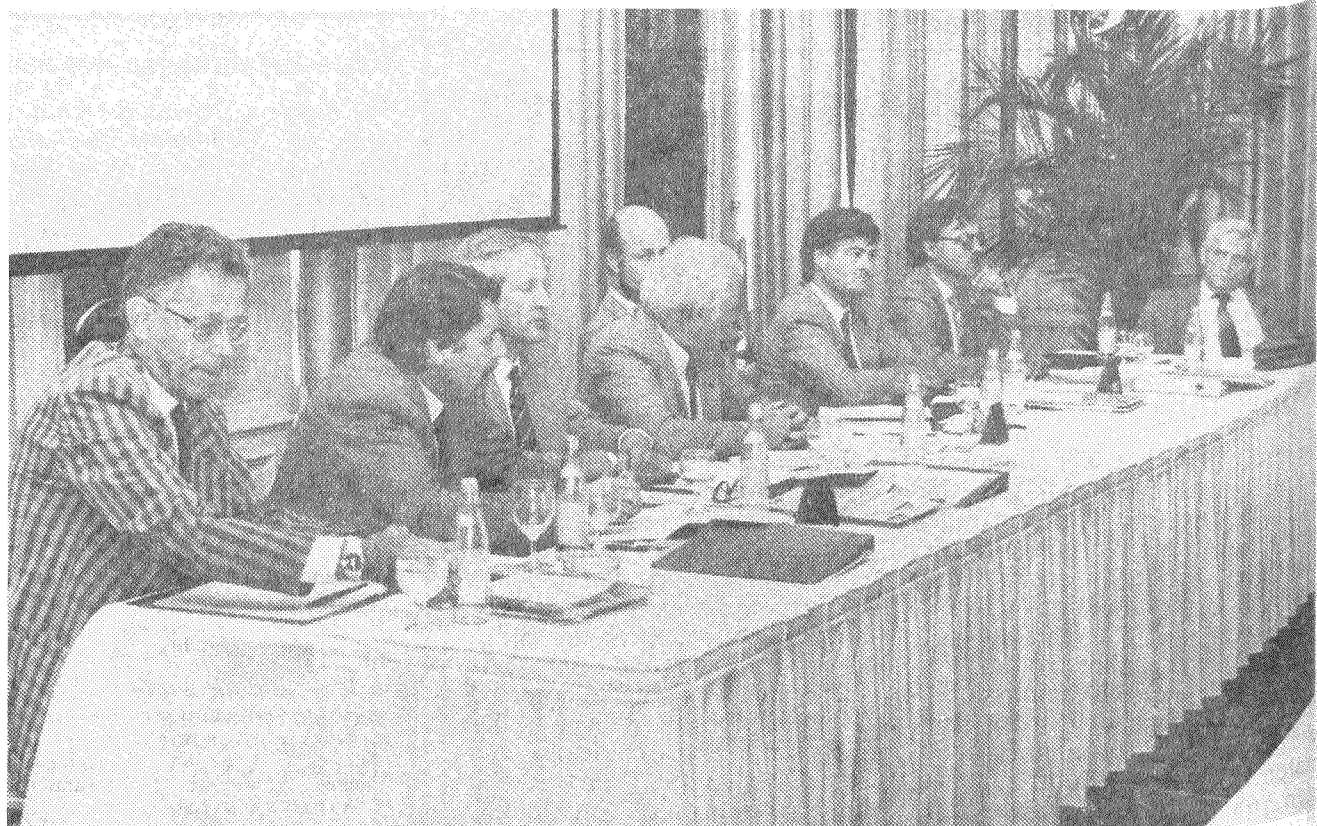
Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Talon einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern. Danke.



Informationstagung des FDP-Presserverbandes

Abfälle – ein (noch verdrängtes) Problem

Über das grundlegende Ziel der schweizerischen Abfallpolitik besteht unter Experten weitgehend Einigkeit: eine zukunftsorientierte Entsorgung, bei der Abfälle schadlos in den Kreislauf der Natur reintegriert werden. Soll dieser Idealzustand wirklich einmal erreicht werden, so dürfen allerdings nicht einseitig Schwerpunkte gelegt werden.

Sowohl die Bemühungen zur Verminderung der Abfallproduktion an der Quelle als auch die Entwicklung und Anwendung von umweltgerechten Entsorgungstechniken sind unerlässlich für einen wirksamen Kampf gegen die wachsende Mülllawine. Dies darf als Fazit einer Informationstagung bezeichnet werden, die der Schweizerische Freisinnig-Demokratische Presserverband durchführte und die dem Problem der Abfallbewältigung gewidmet war.

Daran nahmen ausgewiesene Experten teil (v. l. n. r.): Peter Spoerli, Direktor des Entsorgungswesens im Genfer Baudepartement, orientierte über die Bemühungen seines Kantons, die Bevölkerung mit Werbekampagnen für das Abfallproblem zu sensibilisieren. Prof. Peter Baccini von der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG) bemerkte, dass die gesetzlichen Grundlagen für eine

Verbesserung der Abfallentsorgung wohl vorhanden wären, diese aber nicht rundum angewandt würden.

Auf die Probleme der sogenannten Altlasten machte der Chef der Abteilung Umweltschutz im aargauischen Baudepartement, Hans-Peter Müller, aufmerksam. Das Gespräch wurde geleitet von NZZ-Redaktor Walter Schiesser, leicht verdeckt hinter ihm ist der Präsident des Presserverbandes, Dr. Ruedi Gerber, erkennbar.

Markus Wirth vom Departement Umwelttechnik der Firma von Roll AG plädierte dafür, dass die Abneigung gegen die Abfallbehandlung in der Öffentlichkeit überwunden und der hohe Stand der Technik für den Umweltschutz ausgenützt werden soll. In ähnlichem Sinne, jedoch aus der Optik des Bundes votierte Bruno Milani, Vizedirektor im Bundesamt für Umweltschutz. Zu einem stärkeren Umweltbewusstsein forderte Dr. Erich Suter, Präsident der Kehrichtverbrennung Zürcher Oberland, Industrie und Gewerbe – und dabei insbesondere die Bauwirtschaft – auf.

DETEKTIVBÜRO FÜR WIRTSCHAFT & KRIMINALISTIK
 Privatdetektei W + K

**Überwachungen
 Ermittlungen
 Beweiserbringung**

Zürich (01) 461 12 71
 Wangen (01) 833 43 59
 Natel (077) 61 37 06

Garten- und Landschaftsarchitekten,
 Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
 Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

PR Verbandsführung

Politik und Wirtschaft sind unsere Stärke

INFOGRA
 Bergstrasse 52
 8712 Stäfa
 Telefon (01) 926 27 62

Unabhängige Berater für die Suche von Führungskräften und Geschäftspartnern

RubinConsult

UNTERNEHMUNGSBERATUNG
 W. RUBIN
 CH-8002 ZÜRICH, FREIGUTSTR. 24
 TEL. (01) 202 65 78
 MITGLIED DER ASCO

Bitte verlangen Sie Unterlagen und ein unverbindliches Gespräch.

Integrierte Bauprojekte



Für Käufer mit Eigenbedarf, Mieter und Anleger realisieren wir als Bauherren städtebaulich integrierte Bauprojekte – in Zusammenarbeit mit führenden Architekten und Ingenieuren!

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
 Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
 Telefon 01/316 13 10



FEDERN

in jeder Grösse für jede Verwendung

BAUMANN + CIE AG
 Federnfabrik
 CH-8630 Ruti
 Tel. 055/841111

BAUMANN

Unser Porträt: Felix Schwank

Warum sind wir Jungen nicht kräftiger in diesem Freisinn?

Vergangenes Wochenende wählten die Schaffhauser einen neuen Stadtpräsidenten. Er wird in wenigen Wochen die Nachfolge von Dr. Felix Schwank antreten, der dieses Amt während zwanzig Jahren innehatte. Franz Neff befragte ihn über das in manchen Städten konfliktreiche Verhältnis zwischen Bürger und Regierung.

Im Laufschrift eilt Felix Schwank über den Vorhof des ehemaligen Klosters Allerheiligen, in der Hand zwei Rosen aus dem eigenen Garten, als Entschuldigung für eine kleine Verspätung. Schon im Foyer des Museums ist klar, wer hier der Hausherr ist. Er verlangt die Schlüssel zur Schatzkammer, zeigt uns den Onyx, das kostbarste Stück des Schaffhauser Museums. Als führe er täglich Besucher durchs Museum, schildert Schwank die Geschichten und oftmals abenteuerlichen Hintergründe der ausgestellten Objekte, sprachgewaltig und auf ein profundes Wissen vertrauend.



Man darf die Ordnung nie verrutschen lassen!

Im Auto geht es weiter zum Restaurant am Rhein. Ein gemeinsamer Freund fährt im eigenen Wagen voraus. «Hoffentlich fährt er nicht zu schnell. Hier gibt es nämlich mehrmals pro Woche Geschwindigkeitskontrollen. Die Schaffhauser wissen das, und die Massnahme wirkt.» Schwank hat dazu auch gleich seine Philosophie bereit: «Man darf die Ordnung nie verrutschen lassen! Man muss immer präsent sein, vor der Revolution eingreifen.»

Der Blick zum Rheinufer, wo die Badesitten mitunter recht locker geworden sind, veranlasst unseren Gastgeber zu einem Exkurs über sein Verhältnis zu den Mitbürgern, deren «Erster» er nun während zwanzig Jahren war. Einige Leute haben sich bei ihm über die Nacktbadenden beschwert. Er schauete dem Spiel einweilen zu. Man dürfe über ein Problem nicht zu schnell entscheiden, meistens sei es gar nicht so dringend. Auf der politischen Ebene der Gemeinde dringe halt das Kleinkarierte immer wieder nach oben. Früher habe er für die Sorgen der Bürger eine wöchentliche Sprechstunde eingeplant. Dafür sei die Zeit nun zu knapp. Doch sei ihm keine Gruppierung zu unbedeutend, um einer Einladung Folge zu leisten.

Der Bringolf-Nachfolger

Die Neuwahl eines Schaffhauser Stadtpräsidenten erinnert Schwank an eine Episode mit Walther Bringolf, seinem Amtsvorgänger. Bringolf habe ihm an einem Weihnachtessen im Jahre 1963 die Hand auf den Arm gelegt und gesagt: «Sie werden schon noch Stadtpräsident, aber ich will jetzt nochmals kandidieren.» Es werden viele Parallelen gezogen zwischen Bringolf und Schwank. Beide prägten die Stadt während vieler Jahre. Beide waren nicht unumstritten, konfrontiert mit einer Mischung aus Bewunderung und gleichzeitigem leichtem Misstrauen vor dem erfahrenen, wissenden und rhetorisch begabten Politiker. Diese zwiespältige Beurteilung zieht sich wie ein roter Faden durch die meisten Porträts, die in den letzten Jahren über Schwank von Journalisten der ihm und der FDP grundsätzlich wohlmeinenden «Schaffhauser Nachrichten» angefertigt wurden.

«Wenn die Medien gegen mich gearbeitet hatten, war ich selber schuld.» Er habe, sinniert Schwank, gegenüber den Medien immer Zurückhaltung geübt, weil er von ihnen nicht abhängig werden wollte. Auf die Frage, weshalb man ihm denn seine Eigen-

willigkeit und sein Selbstbewusstsein manchmal übelgenommen habe, meint er trocken: «Ja wenn ich die Stadt verkaufe, dann verkaufe ich eben auch mich.» Von diesem Wechselspiel zwischen Offensive und Distanz scheint auch Schwanks Führungsstil geprägt zu sein. «Man soll seine Leute schon loben, aber nicht zu überschwänglich.» Man müsse seinen Mitarbeitern zeigen, dass sie von ihrem Fachgebiet etwas verstünden. Sie dürften jedoch nie daran zweifeln, dass man viel mehr als sie selber arbeite.

Kein einfaches Rezept

Das Regieren bereitet ihm immer noch Freude, auch in einer Zeit, da sich viele Kommunale exekutiven Problemen der inneren Zerrissenheit und einer Flut von sich fig zuwiderlaufenden Ansprüchen ausgesetzt sehen. Ein neu aufgetauchtes Problem bespricht er sofort mit seinen Beamten, um es möglichst an den Wurzeln des Übels bekämpfen zu können. So hat Schwank beispielsweise auf die zahlreichen Klagen über den nächtlichen Lärm des Rangierbahnhofes hin angeordnet, in den Schlafzimmern der umliegenden Wohnhäuser Lärmmessungen durchzuführen. Zum allseitig grossen Erstaunen habe man entdeckt, dass der Lärm einer Durchfahrtsstrasse noch fast grössere Störungen verursacht habe.

Er habe von seinem Vater, dem früheren Posthalter in Romanshorn, gelernt, wie man Wesentliches vom Unwichtigeren unterscheide. Ein mit 15 Rapfen frankierter Brief sei eben wichtiger gewesen als eine Karte mit einer Fünfermarke. Überhaupt, sein Vater habe ihn stark geprägt, zum Beispiel auch darin, dass man schweigen könne. Das Postgeheimnis war der Familie Schwank heilig. «Wir haben den Mund gehalten, weil sonst der Vater seine Stelle verloren hätte.» Ausserdem hatte er seinen Söhnen verboten, jemals zur Post zu gehen. Felix Schwank wurde Jurist und brachte es bis zu seiner Wahl in den Stadtrat zum Verhörer.

Schaffhausen gibt ein gutes Bild

Schon im Kloster Allerheiligen ist uns aufgefallen, wie Felix Schwank mit der Hand über eine Aussenmauer fuhr und bemerkte, wie unwiderlegbar sich hier die Luftverschmutzung manifestiere und wie sich dadurch die Intervalle zwischen den Renovationsarbeiten verkürzten. «Mein grösster Feind war das SO₂.»

Beim Mittagessen schweifen in einer kurzen Gesprächspause unsere Blicke auf den Rhein, wo sich die Leute in Weidlingen und Gummibooten von der Strömung treiben lassen. Im Grunde genommen müsste er sich auch zu den

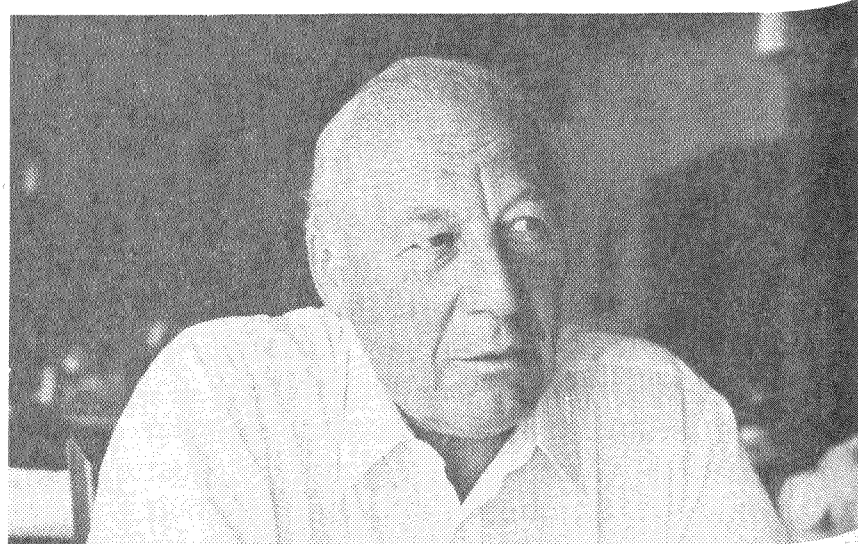
Grünen von Rheinau zählen. «Barer Wahnsinn wäre es gewesen, hätte man diese wundervolle Landschaft unter den Fluten versenkt.» Schwank ist stolz auf die Schaffhauser Hanglagen, die trotz intensiver Bautätigkeit frei geblieben sind, so dass noch grüne Wiese zu sehen sei. «Das Heimatgefühl der Schaffhauser besteht aus der Rheinlandschaft und dem Randen.» Dieses unmittelbare Stück Natur gelte es für die Stadt zu bewahren. Schwank ist nicht der engagierte Umweltschützer, aber er hat die Natur und die Veränderungen in der Umwelt beobachten gelernt.

War Bern kein Thema?

Wer Schwanks Darstellungen der wirtschaftlichen und politischen Fragen folgt, stellt sich die Frage, weshalb ein Politiker, der seine Aufgaben fast methodisch immer aus einer ganzheitlichen Sicht zu beurteilen versucht, nicht auch einen Anlauf zur Fortsetzung der Karriere in Bern genommen hat. Felix Schwank versucht es gar nicht zu verbergen, dass auch er daran gedacht habe, «sein Amt an den Nagel zu hängen und einiges auf einer höheren politischen Ebene zu bewirken». Der Sprung in die Bundesversammlung hätte ihn schon gereizt. Vor acht Jahren, als er sich zur Wiederwahl stellte, habe er sich aber endgültig entschieden, sich wohl besser auf seine Aufgabe als Stadtpräsident zu konzentrieren. «Ich habe mich fast krampfhaft von Schweizer Politik und den FDP-Parteitag ferngehalten.»

Schaffhausen wird nie ein Dienstleistungszentrum

Angesprochen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region



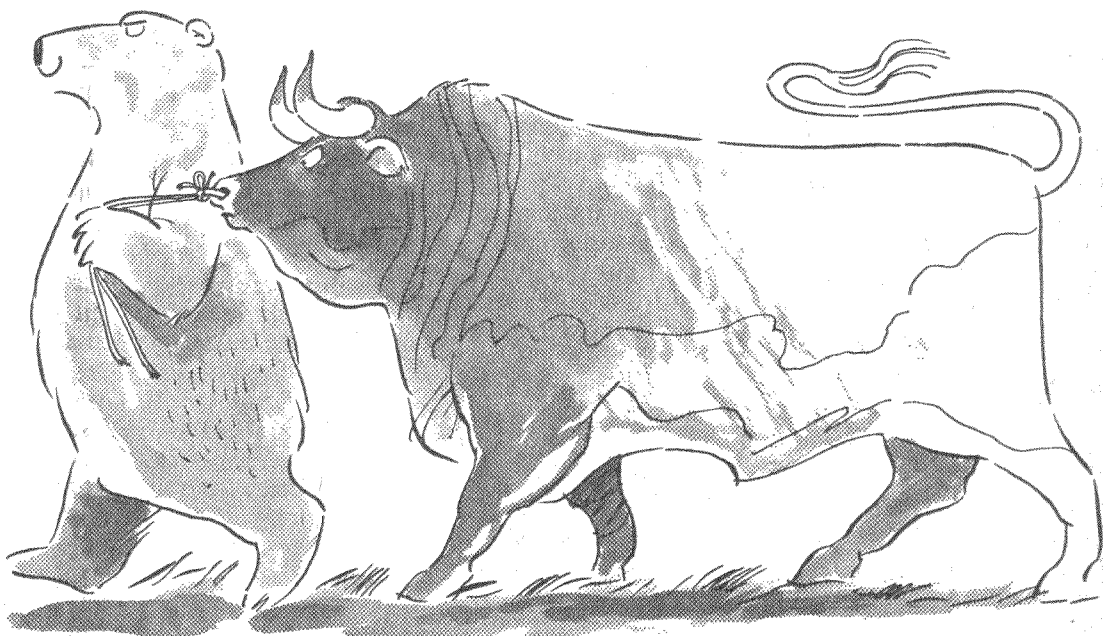
Schaffhausen an der Grenze zum freien EG-Binnenmarkt, macht Felix Schwank klar, dass er nach wie vor auf den sekundären Wirtschaftssektor setzt. Hier soll der Hebel der Wirtschaftsförderung angesetzt werden. Es sei nötig, auch «einfache Arbeiten» anzubieten, Arbeitsplätze, wo «Arbeitsleistung und Arbeitsprodukt überblickbar» seien. Schaffhausen habe eine Arbeitertradition und werde auf Grund seiner Bevölkerungsstruktur nie ein Dienstleistungszentrum. Deshalb schmerzt ihn die nicht zustandegekomme Ansiedlung der Glasfabrik heute noch. «Wenn ein solcher umweltfreundlicher und florierender Betrieb, der auch ein guter Steuerzahler ist, auch noch schikaniert wird, können wir Wirtschaftsförderung gleich abschreiben.»

10 Steuerprozent für kulturelle Aufgaben

Richtig daheim scheint sich Schwank vor allem in der Kulturpolitik zu fühlen. Persönlich küm-

mert er sich um die Sammlung im Museum Allerheiligen und schreckt auch nicht zurück, seine Ratskollegen erst im nachhinein über den Kauf eines Otto Dix zu informieren, der die bereits beachtliche Sammlung des Künstlers aus dem benachbarten Grenzgebiet bereichert. Zehn Steuerprozent setze die Stadt für kulturelle Aufgaben ein, von denen ja auch das Umfeld profitiere. Da sei man schon mal ein wenig neidisch, wenn der Steuerfuss in Neuhausen etwas niedriger sei.

Der Schaffhauser Stadtpräsident entlässt uns nicht, ohne uns in die Sammlung Crex zu führen, die in den Räumen der ehemaligen Kammgarnfabrik mitten in der Stadt zu finden ist. Plötzlich wechselt er in die schriftdeutsche Sprache, erklärt den etwas verdutzten Gästen, dass man sich vielfach leichter durchsetzen könne, wenn man schriftdeutsch spreche. Liegt in dieser fast etwas berechnenden Selbstsicherheit der Grund, weshalb die Schaffhauser ihren scheidenden Stadtpräsidenten eher achten als lieben?



Langfristige Erfahrung ist unersetzlich.

Beispielsweise wenn es um die internationale Vermögensanlage geht, denn nur fundiertes Wissen führt hier zum Erfolg. Kopfloses Umherjagen in der Arena der internationalen Kapitalmärkte nützt Ihnen über den Tag hinaus nichts. Wir lassen uns nicht an der Nase herumführen. Deshalb wenden sich immer mehr Anleger mit dem Ziel, ihr Vermögen auf besondere Art zu erhalten und zu mehren, an die Bank Julius Bär, eine der führenden Schweizer Privatbanken. Mit über vierzigjähriger Spezialisierung im internationalen Markt der festverzinslichen Wertpapiere und Aktien haben wir uns diese Führungsrolle erworben.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking